

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

51/2009 · 14. Dezember 2009



Bundestagswahl 2009

Tissy Bruns

Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen

Peter Lösche

Ende der Volksparteien

Matthias Jung · Yvonne Schroth · Andrea Wolf

Regierungswechsel ohne Wechselstimmung

Frank Decker

Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung

Axel Murswiek

Angela Merkel als Regierungschefin und Kanzlerkandidatin

Hagen Albers

Onlinewahlkampf 2009

Editorial

Die große Koalition ist seit der Bundestagswahl vom 27. September 2009 Geschichte. Bundeskanzlerin Angela Merkel regiert in dieser Legislaturperiode mit ihrer „Wunschkoalition“ aus CDU/CSU und FDP. Das hervorragende Abschneiden der Liberalen sichert Schwarzgelb eine komfortable Mehrheit. Dagegen mussten die Unionsparteien ihr schlechtestes Ergebnis seit 1953 hinnehmen – trotz der großen Popularität der Kanzlerin.

In den 1960er und 1970er Jahren hatten die Unionsparteien und die SPD noch um die 90 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. 2002 entschieden sich 77 Prozent für die beiden „Großen“, dieses Mal waren es noch knapp 57 Prozent. Die SPD sackte bei der Bundestagswahl gar auf ihren historischen Tiefstwert. Viele Beobachter sehen bereits das Ende des Modells „Volkspartei“ gekommen, denn gesellschaftliche Milieus erodieren und „langfristige Grundüberzeugungen“ schwinden. Die „volatilen“ Wähler entscheiden häufig erst in der Wahlkabine. Wenn sie überhaupt noch wählen gehen: Die stetig sinkende Beteiligung ist Besorgnis erregend. Offenbar erwarten wachsende, sozial abgehängte Bevölkerungsgruppen von der traditionellen Parteiendemokratie kaum noch etwas, schon gar nicht, dass sie Risiken wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit wirksam bekämpft.

Nicht nur für Jugendliche sind politische Aktivitäten in den Sozialen Netzwerken des Web 2.0 deutlich attraktiver als – aus ihrer Sicht – behäbige und überalterte Großorganisationen. Vielleicht können die neue Beweglichkeit im Fünfparteiensystem und buntere Koalitionsoptionen jenseits der Lager die soziale Integrationskraft des repräsentativen Systems beleben. Erfreulich ist, dass auch in der größten Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte Extremisten bis auf Weiteres keinen Zulauf haben.

Hans-Georg Golz

Tissy Bruns

Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen

Essay

Ein Jahr, nachdem die Manager der Lehman Investmentbank ihre verwegenen Ambitionen in Pappkartons verpacken und eigenhändig aus dem New Yorker Gebäude tragen mussten, fand die Bundestagswahl 2009 statt. Die erstaunliche Kluft zwischen der Bedeutung dieses Weltereignisses

Tissy Bruns

Geb. 1951; Chefkorrespondentin und Leitende Redakteurin des „Tagesspiegel“, 10876 Berlin. tissy.brunns@tagesspiegel.de

und seiner geringen Rolle im deutschen Wahlkampf beschäftigte die öffentlichen Beobachter in den letzten Wochen vor der Wahl kaum mehr als die Finanzkrise selbst. Der allgemeine Stoßseufzer lautete: Was für ein langweiliger Wahlkampf! Angela Merkel geht auf Samtpfoten zu einem Sieg, den sie kaum verfehlen kann.

Die Ergebnisse dieser Bundestagswahl sind jedoch alles andere als langweilig. So viel Noch-Nicht-Dagewesenes auf einmal hatten wir selten. Wenn man die erste bundes- (1949) und die erste gesamtdeutsche Wahl (1990) wegen ihrer historischen Stellung außer Konkurrenz lässt, dann stellt 2009 eine Rekordliste von besonderen oder neuen Entwicklungen auf. Da ist, natürlich, zunächst der Regierungswechsel: Wie 1969, am Ende der ersten großen Koalition, bleibt auch diesmal eine vormalige Regierungspartei am Bord. Aber während Willy Brandt und Walter Scheel die sozialliberale Koalition erst in der Wahlnacht besiegelten, zur Überraschung des vormaligen Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger und Herbert Wehners, ist die schwarzgelbe Koalition von FDP und Union offensiv angestrebt worden. Und während die sozialliberale Koalition sofort als Weichenstellung, als neue politische Konstellation wahrgenommen wurde, ist die schwarz-

gelbe Koalition von 2009 eine einmalige Kombination von „Weiter so“ und Aufbruchswünschen. Die klare Mehrheit für die neue Bundesregierung war nur möglich durch einen arbeitsteiligen Wahlkampf von Angela Merkel und Guido Westerwelle, von dem die FDP profitiert hat, während die Union Federn lassen musste.

Die schwarzgelbe Mehrheit beruht auf gegenteiligen Erwartungen ihrer Wähler in wichtigen sozialen Fragen. Auch die Koalitionsvereinbarung der alt-neuen Wunschartner gibt noch keinen Aufschluss über die Anteile von Kontinuität und Neubeginn. Es könnte sein, dass in einem Jahr die reale Entwicklung der Krisenfolgen von den Steuer-senkungsträumen der FDP nicht viel übrig gelassen haben wird. Aber auch das Gegenteil ist möglich: dass nämlich CDU und CSU gegen alle Wahlkampf-Versprechungen den Versuch einer Gesundheitsreform mit einkommensunabhängigen Prämien mitmachen. Das Solidarversprechen der Kanzlerin müsste dann über eine gewaltige Steuerumverteilung eingelöst werden, die wiederum das FDP-Versprechen eines einfacheren und niedrigeren Steuersystems auf eine harte Probe stellen würde. Dieser Koalitionsvertrag ist, mit anderen Worten, überaus undeutlich.

Eine Zäsur ist zweitens das Fünfparteiensystem, wie es sich im 17. Deutschen Bundestag zeigt. Neu sind dabei nicht die fünf Fraktionen; es ist der Wahrnehmung einer westdeutsch geprägten Öffentlichkeit lange entgangen, dass die PDS seit 1990 (mit der Unterbrechung von 2002 bis 2005, als sie nur zwei direkt gewählte Abgeordnete hatte) im Bundestag vertreten ist. Neu ist die Konstellation: deutlich geschwächte Volksparteien, um die sich nicht mehr zwei oder drei „kleine“, sondern drei mittlere Parteien gruppieren, die zusammen mehr Wähler und Abgeordnete aufbringen als je die beiden „Großen“.

Drittens verdient der Niedergang der SPD auf einen in der Geschichte der Bundesrepublik historischen Tiefstand eine eigene Betrachtung. Am deutlichsten spiegeln ihre 23 Prozent die der neuen Parteienlandschaft zugrunde liegenden Verschiebungen in der Gesellschaft selbst wider. Das Ergebnis der SPD ist nicht allein mit Wahlkampf- oder Führungsschwächen zu erklären, nicht mit der großen Koalition, nicht einmal mit den Enttäuschungen, die Gerhard Schröders Reform-

agenda vor allem in der Anhängerschaft seiner Partei ausgelöst hat. Nach 1989 konnte die SPD ihre Idee einer sozialen Demokratie nicht mehr auf die Höhe der Zeit bringen, nicht anders übrigens als ihre Schwesterparteien in Skandinavien, Italien, Frankreich oder Großbritannien. Eine politische Strömung, die einst das europäische Sozialstaatsmodell geprägt hat, kämpft heute gegen ihren Untergang.

Schließlich gehört zum Bild dieser Bundestagswahl eine Rekordzahl: Fast 30 Prozent der Wahlberechtigten sind nicht an die Urnen gegangen. Verlierer sind vor allem die Volksparteien: 1,1 Millionen Stimmen hat die CDU, 2,2 Millionen die SPD an die Nichtwähler abgegeben. Dass die niedrige Wahlbeteiligung wiederum fast gar nicht das übliche öffentliche Echo gefunden hat („Das muss uns als Demokraten beunruhigen“), macht sie erst recht beunruhigend. Denn nach Untersuchungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Max-Planck-Gesellschaft hat die Wahlenthaltung ein soziales Gesicht. Es sind überwiegend die ohnehin abgehängten Bevölkerungsgruppen, die mangels Erwartungen an die Parteien nicht mehr wählen gehen und sich damit von der politischen Repräsentanz abkoppeln – mit der absehbaren Folge, dass das öffentliche Interesse und das Interesse der Politik am Schicksal von Menschen in schwierigen Verhältnissen weiter abnimmt.

Lässt sich ein Nenner für dieses Nebeneinander von ungewöhnlichen Ergebnissen finden? Unübersehbar ist: Der Umbau des Parteiengefüges zeigt sich im Wahlergebnis von 2009 auf qualitativ neuem Stand. Sein wesentliches Merkmal ist das Ende des deutschen Modells „Volkspartei“. Das ist nicht zu verwechseln mit dem Ende der Volksparteien selbst. Bei der SPD könnte man zwar zu diesem Befund kommen. Doch CDU, CSU und in den ostdeutschen Ländern Die Linke verfügen immer noch über das Potential von Parteien, die schichten- und milieuübergreifend verankert sind und Wahlergebnisse von deutlich über 30 Prozent erzielen können. Aber der politische Magnet, um dessen Pole sich andere politische Parteien, gesellschaftliche Verbände, Wirtschaft, Gewerkschaften und nicht zuletzt die Stammtische (kurz: das Volk) wie Eisenpäne ausrichten, dieser Magnet sind die Volksparteien nicht mehr. Interessanter als der Wettbewerb zwischen Union und SPD waren in diesem Wahlkampf zum Beispiel die Fra-

gen, wie viele Wähler die FDP der Union abspenstig machen kann oder wie sehr Die Linke die SPD schwächen würde.

Die Volatilität der Wähler, die Segmentierung vormaliger Großgruppen, die buntere Parteienlandschaft und die daraus folgenden Forderungen nach neuer Beweglichkeit, koalitionspolitischer Offenheit und mehr Pragmatismus der Parteien, das alles ist unter Politikern, Journalisten, Demoskopern, Wissenschaftlern längst zum Allgemeingut geworden. Die Debatte um die neuen Farbenlehren wird mit einem Eifer in der öffentlichen Arena ausgetragen, der in auffälligem Kontrast zur gemeinsamen Unfähigkeit dieser Akteure steht, zielführende Kontroversen über wichtige Probleme wie Bildung, Kinderarmut oder den Afghanistan-Einsatz zu führen.

Die neue parteipolitische Konkurrenz belebt das Geschäft, vorerst aber eher das um die erfolgreichsten Strategien auf dem Wählermarkt. Die seltsame Kluft zwischen einer epochalen Finanzkrise und einem spannungslosen Wahlkampf konnte entstehen, weil eine andere Diskrepanz sich lange vorher aufgetan hat: die zwischen den Bürgern und der Politik. Die Krise hat unsere Demokratie gewissermaßen an einem schwachen Punkt getroffen. Früher als die politischen und öffentlichen Eliten hatten viele Menschen das unbehagliche Gefühl, dass der Politik etwas Entscheidendes entgleitet. Während in Talkshows die Chancen der Globalisierung beschworen und die kleinmütige Larmoyanz der Deutschen beklagt wurde, hatten praktische Erfahrungen die Bürger schon gelehrt, dass die neue Arbeitskonkurrenz oder die Standortmobilität der Wirtschaft diese Chancen sehr ungleich verteilt. Der Eindruck war: Eine öffentliche Kaste – Politiker, Wirtschaftsvertreter, Journalisten, Wissenschaftler, allesamt in besten Verhältnissen und auf der sicheren Seite des Lebens – reklamiert eine Veränderungsbereitschaft, die von ihr selbst viel weniger verlangt als von den „normalen“ Leuten. Die Zuschauer wussten, welchen Risiken sie ausgesetzt werden, während die Wirtschaft, wie es schien, machen konnte, was sie wollte.

Die Politik, die parteiübergreifend auf diese Entwicklung den Zugriff zusehends verlor oder aufgab, hat in dieser Zeit ihre Mittel und Fähigkeiten einer politischen Kommunikation verfeinert, die auf Wahlen und Machtfragen zielt. Ebenso inhaltsleere wie ausgeklügelte Kampagnen nehmen den Wähler als

Objekt ins Visier. Die Bürger bemerken die Absicht – und wenden sich ab. Die Effekte dieser Politikverdrossenheit haben sich 2009 keineswegs nur an der steigenden Wahlabsistenz gezeigt. Auch viele Wahlgänger trauen den politischen Botschaften immer weniger. Die Steuerversprechen der FDP sind natürlich attraktiv, geglaubt werden sie nicht. Nicht wegen, trotz der Wahlgeschenke wird das Wahlkreuz gemacht. Der natürliche Argwohn der Bürger („Politik ist ein schmutziges Geschäft“) hat sich zur latenten Verachtung des Politischen gesteigert.

Große Wählergruppen, wie die katholische oder die gewerkschaftlich organisierte Arbeitnehmerschaft, finden in den Volksparteien keine Seismographen mehr für ihre Sorgen, Hoffnungen und widerstreitenden Wünsche. Mit der Bindekraft von Union und SPD geht auch der Raum verloren, in dem auseinandergehende Interessen beispielhaft ausgeglichen werden können, wo erprobt werden kann, wie sich Konfliktlagen mit Blick auf das Gemeinwohl „vergesellschaften“, also zu mehrheits- oder konsensfähigen Lösungen werden können. Der Wahlkampf der CDU war dafür symptomatisch: Sie hat ihr Bestes gegeben, nämlich die Bundeskanzlerin, weil sie Besseres nicht hatte. Es war ein Wahlkampf der forcierten Politikvermeidung.

Union und SPD sind in unterschiedlicher Dramatik ans Ende ihrer Fähigkeiten gelangt, zeitgemäße Antworten auf die Anpassungs- und Modernisierungserfordernisse der Gesellschaft zu geben. Man muss die Geschichte der Bundesrepublik nicht sehr vereinfachen, wenn man sie so liest: Es war entweder die Union oder die SPD, die ein mehrheitsfähiges politisches Bündnis schmieden konnte, das Veränderung *und* Sicherheit garantiert hat. 1998, als Gerhard Schröder nicht alles anders, aber vieles besser machen wollte, war eine weichenstellende Qualität der rotgrünen Koalition zwar nicht mehr zu erkennen. Aber die kulturelle Differenz zum Lager der Union sicherte auch 2002 noch den knappen, entscheidenden Vorsprung, den Schröder am Irak-Krieg vollends ausreizen konnte. Als Rotgrün sich den Zwängen schließlich stellen musste, denen Helmut Kohl zu lange ausgewichen war, hat die SPD einen hohen Preis zahlen müssen. Der Versuch, den Sozialstaat gegen den Druck der globalisierten Wirtschaft zu stabilisieren, fiel zusammen mit dem durch die Finanzwirtschaft forcierten

Erfolg der Wirtschaftseliten, ihr Deregulierungsparadigma politisch durchzusetzen. Eine bisher unbekannte soziale Spreizung, Deklassierungs- und Abstiegsängste sowie prekäre Beschäftigungsverhältnisse wurden diesen Reformen angelastet. „Hartz IV“ wurde zum Symbol für die neue Ungleichheit und zum Debakel für die SPD. Aber auch die Union musste im Wahlkampf 2005 lernen, dass ein energisch vorgetragener Reformkurs Wähler kostet.

In der großen Koalition haben die beiden Großen vier Jahre Zeit gehabt, diese Wunden zu bearbeiten. Die Union hat sie begrenzt genutzt, die SPD konnte es nicht. Bei den Themen Familie, Frauen oder Migration hat die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende die Modernitätsdefizite der Union systematisch ausgeräumt, was gleichbedeutend damit war, die verbliebenen Vorteile der SPD restlos aufzusaugen. Der forsche Reformton von 2005 wurde nicht nur augenblicklich zu den Akten gelegt; Merkel hat darüber hinaus genau darauf geachtet, der SPD nirgendwo Raum zu lassen, wo es um soziale Fragen ging. Im Wahlkampf schließlich hat Merkel eine Kontinuität versprochen, die als „Sozialdemokratisierung“ wahrgenommen wurde: Wo immer die SPD hin wollte, die Kanzlerin war schon da. Wie wenig dagegen die SPD in dieser Konstellation Tritt fassen konnte, zeigte sich vollends nach der Finanzkrise. Sie war, jenseits des Krisenmanagements, nicht in der Lage, die „sozialdemokratischen“ Fragen aufzugreifen. Doch die offenkundige Identitätskrise der SPD kann den Blick dafür nicht verstellen, dass auch die christlichen Volksparteien die Herausforderungen der globalisierten Marktwirtschaft politisch keineswegs ausfüllen können. Merkels vermeintliche „Sozialdemokratisierung“ ist ein unausgesprochenes *Back to the Roots*, die Rückkehr zur christlich-sozialen Ader der Union, die für CDU und CSU immer ebenso bedeutend waren wie ihre konservativen und marktliberalen Quellen.

Die Bundestagswahl 2009 zeigt eine allgemeine, nicht nur auf die Volksparteien bezogene Entkoppelung der politischen Sphäre von der Gesellschaft an. Fünf Parteien, mehr Optionen – aber gesunkene Erwartungen und schwindende Partizipation der Bürger, das ist der gemeinsame Nenner ihrer Besonderheiten.

Peter Lösche

Ende der Volksparteien

Essay

Alle wissen es, und die Spatzen zwitschern es von den Dächern: Das deutsche Parteiensystem befindet sich im Umbruch. Ausdifferenzierung, zunehmende

Peter Lösche

Dr. phil., geb. 1939; em. Professor für Politikwissenschaft an der Universität Göttingen.
ploesch@gmx.de

Fragmentierung, Segmentierung, Volatilität, Unsicherheit sind angesagt. Niemand weiß, ob es beim Fünfparteiensystem bleibt oder ob weitere

Parteien dazu stoßen und die Fünfprozenthürde überwinden. Am Horizont kreuzen die Piraten auf. Die Lokal- und die Regionalparteien der Freien Wähler könnten erfolgreich sein, wenn sie sich denn – wie in Bayern – landes- oder gar bundesweit zusammenschließen. Und das rechtsextremistische und rechtspopulistische Wählerpotential will nicht weichen, sondern ist punktuell bei Landtagswahlen realisiert worden.

Die guten alten Zeiten, in denen Stabilität und Kontinuität unser Parteiensystem charakterisierten und in denen es darauf ankam, welche von den beiden „Großen“ die eine „Kleine“ für eine Koalition zu gewinnen vermochte, sind endgültig vorbei. Gibt der Bürger seine Stimme einer Partei, kann er bestenfalls spekulieren, für welche Regierungskoalition er votiert hat. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert befinden sich unser Parteiensystem und unsere Parteien im permanenten Umbruch – eigentlich nichts Neues und doch immer wieder überraschend, welche Konsequenzen sich daraus ergeben, etwa bei der Bundestagswahl oder den Landtagswahlen dieses Jahres. Ganz verstanden haben wir noch nicht, was sich da abspielt, trotz einschlägiger Literatur zu dieser Thematik, die inzwischen zu Stapeln getürmt wird. Vor allem ist noch nicht begriffen worden, dass und wie die einzelnen Parteien sich von Grund auf, ja radikal verändert haben.

Im Mittelpunkt dieses Wandels steht das Ende der Volksparteien, jenes Parteitypus, der jahrzehntlang die bundesrepublikanische Politik so nachdrücklich geprägt hat. Indes beharrt heute fast jede Partei selbst unter den „Kleinen“ darauf, Volkspartei zu sein. Das gilt erst recht für die beiden „Großen“: Trotz der eklatanten Wahlniederlagen in den vergangenen Jahren hält die Sozialdemokratie daran fest, sich wieder zur siegreichen Volkspartei regenerieren zu können. Und die Christdemokratie lässt sich durch stagnierende oder sinkende Wählerstimmen nicht irritieren, sondern behauptet, die letzte große Volkspartei im Lande zu sein. Die Realität hingegen ist eine andere: Das Zeitalter der Volksparteien kommt zu seinem Ende, diese sind gesellschaftlich, politisch und historisch überholt.

Was heißt „Volkspartei“?

Doch was heißt überhaupt „Volkspartei“, ein Begriff, an den sich viele klammern und der hilfeschend als Legitimationsformel benutzt wird? Auch in den Sozialwissenschaften wird er gebraucht, und dennoch hat er nicht die Kraft einer analytischen Kategorie. Konsens herrscht nur darüber, dass „Volkspartei“ nicht eindeutig zu definieren ist und synonym benutzt wird mit Massenpartei, Mitgliederpartei, Massenintegrationspartei, Allerweltpartei, Großpartei, Kartellpartei. Trotz dieses begrifflichen Wirrwarrs bemühen wir uns im Folgenden um eine Präzisierung, die zugleich analytisch hinführt zu einer Erklärung, warum das Ende der Volksparteien absehbar ist. Dabei wird sich des in der Parteienforschung nach wie vor zu Recht benutzten typologisierenden Verfahrens bedient: Es wird von der politisch-historischen Realität abstrahiert, bestimmte Indikatoren werden übersteigert, um so das Spezifische erkennen und vergleichen zu können. Es geht also nicht um eine differenzierte Darstellung der Wirklichkeit, sondern um eine „Utopie“, eine einseitige Übersteigerung der Realität, die sich nicht zuletzt aus didaktischen Gründen anbietet. Vier Indikatoren werden herausgearbeitet.

1. Volkspartei bezeichnet eine politische Organisation von Bürgern, die in der sozialen Zusammensetzung ihrer Mitglieder, Parteiaktivisten und Wähler nicht auf eine Schicht oder Klasse oder eine anders (beispielsweise durch Konfession) definierte

Gruppe beschränkt ist, sondern prinzipiell mehrere Schichten und Klassen, Landsmannschaften und Religionen umfasst, mithin als sozial heterogen zu gelten hat. Dies bedeutet aber nicht, dass sich in der Volkspartei spiegelbildlich die Sozialstruktur der Wähler wiederholte, denn eine schichten- und klassenübergreifende soziale Zusammensetzung der Wähler und Mitglieder verschwindet nicht im Konturlosen. Vielmehr bleibt ein spezifisches soziales Profil durchaus erhalten, kann sich als Massenpartei auf Klassenbasis darstellen.¹ Dabei folgt die Volkspartei den allgemeinen Tendenzen gesellschaftlich-struktureller Veränderungen, die sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Bevölkerung und Wählerschaft vollziehen.

2. Volksparteien sind bemüht, möglichst viele Wählergruppen – verschiedene Klassen und Schichten, Konfessionen und Landsmannschaften – mit modernen Werbemethoden gezielt anzusprechen und für sich zu gewinnen. Insbesondere erfolgen Angebote an solche Wählerschichten, die an die eigene Stammwählerschaft grenzen. Präziser formuliert: Die Volkspartei ist eine Massenwähler-, Mitglieder- und Funktionärspartei. Um dieses Kriterium zu erfüllen, muss sie im Prinzip und auf Dauer 35 Prozent der Wähler für sich gewinnen, ein Prozent der Wahlberechtigten als Mitglieder überzeugen und davon wiederum zehn Prozent als Funktionäre motivieren. Nimmt man diese Daten ernst und legt sie als Maßstab an die beiden (bisherigen) bundesrepublikanischen Volksparteien an, wird deutlich, dass sich die Sozialdemokratie vom Typus Volkspartei verabschiedet hat und die Christdemokratie (also CDU und CSU zusammengekommen) in den Grenzbereich des künftigen Endes als Volkspartei hineingerät.
3. Volksparteien sind nur als Akteure in einem repräsentativ-demokratischen politischen System parlamentarischer oder präsidentieller Prägung denkbar. Konkret besagt dies, dass Volksparteien willens, bereit und in der Lage sein müssen, allein

¹ Vgl. Otto Kirchheimer, Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Gilbert Ziebur (Hrsg.), Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, Darmstadt 1969, S. 352.

oder in Koalition mit anderen Parteien die Regierungsverantwortung zu übernehmen, also Macht auszuüben. Ja, die Koalitionsfrage gibt – nach Sigmund Neumann² – die eindeutige Scheidelinie für die Parteitypisierung, denn nur Parteien, die – wie die Volksparteien – keinen absoluten Herrschafts- und Durchsetzungsanspruch haben, können mit anderen Kompromisse schließen und gemeinsam regieren. Koalitions- und kompromissfähig sind Parteien auf Dauer nur dann, wenn es neben einem kontroversen Politiksektor einen nicht-kontroversen Sektor mit einem allgemeinen Konsens gibt, zu dem die Grundregeln parlamentarisch-repräsentativer Demokratie und die Achtung vor den Menschenrechten gehören.

4. Schließlich ist mit großem Nachdruck ein vierter Indikator zu nennen, der das Phänomen „Volksparteien“ (und ihren Niedergang) erklärt. Volksparteien sind nämlich Milieu-Parteien gewesen, also politische Organisationen, die zum Teil, aber eben nicht vollständig aus sozialmoralischen Milieus hervorgegangen sind und auf ihnen basierten. Dieser Sachverhalt wird erst im Nachhinein, nach Abschluss der historischen Periode der Volksparteien deutlich. Entgegen der Annahme und Behauptung Otto Kirchheimers sind Teile der Mitglieder, vor allem der Funktionäre und Parteipolitiker, aber auch der Wähler geistig, ideologisch und wertemäßig in die Partei eingebunden gewesen. Woher sonst hätte die Bindekraft kommen sollen, deren Nachlassen bis hin zu fast anarchischer Volatilität heute so beklagt wird? Wie sonst wäre die Unterscheidung zwischen Stammwählern und aktuell in einer Wahl gewonnenen Wählern sinnvoll gewesen? Ja, gerade das gehört zum Spezifischen einer Volkspartei, dass sie – links oder rechts der Mitte – über einen Sockel, ein Fundament an Wählern verfügt, das irgendwo zwischen 20 und 25 Prozent der Wählenden lag und auf das sich die Parteien verlassen konnten. Erst von dieser Milieubasis aus vermochte der Spagat in die (neue) Mitte gewagt zu werden und erfolgreich zu sein. Nur ein derartiger Spagat zwischen verschiedenen Segmenten im Elektorat konnte

² Vgl. Sigmund Neumann, Die Parteien in der Weimarer Republik, Stuttgart 1965², S. 8 f.

dann zu Wahlergebnissen führen, die bei 40 Prozent oder darüber lagen. Allein in der Mitte sind für eine Volkspartei keine Wahlen zu gewinnen – wie immer „Mitte“ definiert werden mag.

Es sei wiederholt: Erst mit dem Ende der Volksparteien wird klar, wie wichtig die sozialmoralischen Milieus für sie gewesen sind. (1) Bindungskraft wurde durch sie hergestellt und hat die Stammwählerschaft als feste Gruppe überhaupt erst konstituiert. (2) Aufgrund dieses Fundamentes in der Wählerschaft konnte der Schritt in die Mitte getan werden. Volksparteien waren also (noch) keine Allerweltparteien, keine *catch-all-parties*, denn sie waren (wenigstens partiell) tief in der Gesellschaft verankert und banden ein Segment der Wähler fest an sich. Genau diese geistige Einbindung ist heute nicht zuletzt aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen verlorengegangen. Volksparteien waren – historisch in der Nachfolge der Massenintegrationsparteien – in ihrem Kernbereich immer noch „soziale Veranstaltungen“, stellten Lebensweisen dar, gaben politischen Sinn, vermittelten Werte. Historisch konkret sind in unserem Zusammenhang natürlich die sozialmoralischen Milieus des Katholizismus und der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft gemeint. Beide sind durch eine feste soziale Basis gekennzeichnet, eben Katholiken bzw. gewerkschaftlich organisierte Facharbeiter. Ein Organisationsnetzwerk verband die Partei mit Freizeitorganisationen, Konsumgenossenschaften und anderen Einrichtungen im Vorfeld. Und geistig existierte so etwas wie eine Vorstellung davon, wie der gesellschaftliche Status quo abgelöst werden könne durch eine neue, künftige Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit, Fairness und Solidarität in den Vordergrund rückten.

Wer untersuchen will, wie geistige und ideologische Parteibindung in den Volksparteien stattfand, untersuche den Funktionärskörper der SPD in den 1950er und 1960er Jahren:¹³ „Der Funktionär“, hauptamtlich oder ehrenamtlich, war zwar verpönt in den bürgerlichen Nachbarschaften, hatte aber

¹³ Vgl. hierzu Franz Walter, Vor dem großen Umbruch: Die SPD, in: Volker Kronenberg/Tilman Mayer (Hrsg.), Volksparteien: Erfolgsmodell für die Zukunft? Konzepte, Konkurrenzen und Konstellationen, Freiburg i. Br. 2009, S. 112 f.

hohes Ansehen in den Quartieren der kleinen Leute, er war – wie wir heute sagen würden – der „Kümmerer“, der Helfer und das organisatorische und geistige Rückgrat der Sozialdemokratie und ihrer damals noch existierenden Nebenorganisationen. Dass die sozialmoralischen Milieus mit der von ihnen bewirkten Parteibindung Spuren hinterlassen haben, zeigen die aktuellen Wahlanalysen: Die Hochburg der CDU/CSU-Wähler liegt nach wie vor bei den Katholiken, die der SPD bei den Facharbeitern. Und ein letzter Rest von Parteibindung zeigt sich wohl auch darin, dass bei der Bundestagswahl dieses Jahres über zwei Millionen ehemalige SPD-Wähler in die Wahlenthaltung gegangen, nicht aber zu einer anderen Partei gewechselt sind. Sie verstehen sich offensichtlich als sozialdemokratische Wähler im Wartestand. Ein ähnliches, wenn auch nicht so markantes Phänomen hat sich im Dreieck von CDU, FDP und Nichtwählern abgespielt.

Warum Niedergang?

Die Fakten zum Niedergang der Volksparteien sind bekannt: Zuerst wäre der kontinuierliche Verlust an Mitgliedern zu nennen. Diese sterben weg, nur relativ wenige treten aus – wie bei der Sozialdemokratie in den Jahren 2004 und 2005 aus Protest gegen die Agenda 2010. Mithin handelt es sich um Überalterung der beiden großen Parteien; fast die Hälfte der Mitglieder ist 60 Jahre oder älter. In den innerparteilichen Diskussionen der Weimarer Republik wurden in diesem Zusammenhang die Topoi von der „Vergreisung“ und der „Verkalkung“ geprägt. Die Angehörigen jüngerer Alterskohorten tun sich schwer, in eine Partei einzutreten. Sie rücken also nicht nach. Der Anteil der unter 30-Jährigen ist einstellig und alarmierend, betrug 2007 bei der CDU 5,1, bei der CSU 5,5 und bei der SPD 5,8 Prozent.¹⁴ Öffentlich am auffälligsten: Die Bindekraft der beiden großen Parteien gegenüber den Wählern lässt dramatisch nach, Volatilität ist das Ergebnis. Wähler wechseln zwischen den Parteien, besonders auch zwischen Wählen und Nichtwählen. Gewannen die beiden Großen gegen Ende der 1960er und in den 1970er Jahren bei Bundestagswahlen zusam-

¹⁴ Vgl. Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2007, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 39 (2008) 2, S. 385.

mengenommen an die und über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen, so waren es am 27. September 2009 nur noch 56,8 Prozent. Die Verluste traten bekanntlich dramatisch und desaströs bei der SPD auf, aber eben auch mit 1,4 Prozent bei der CDU/CSU – trotz der beeindruckenden Popularität der Kanzlerin.

Wo liegen die Ursachen für den Niedergang der Volksparteien? Eine Frage, die in den politischen Feuilletons wie in der sozialwissenschaftlichen Literatur kontrovers diskutiert wird. Denn letztlich geht es in dieser Debatte auch darum, ob der Abstieg der Volksparteien umkehrbar ist, ob Revitalisierung, Regenerierung eine Chance haben. Im Weiteren sollen nur Stichworte genannt werden. Allerdings wird einer der Niedergangsgründe – bewusst und pointiert unseren bisherigen Überlegungen folgend – hervorgehoben, nämlich die Bedeutung sozialmoralischer Milieus. Wir hatten gesehen, dass dem Ende der Volksparteien historisch das Wegbrechen, der Zerfall der traditionellen Milieus vorausgegangen ist. Hier liegt die wohl wichtigste Ursache, warum Volksparteien allmählich von der Bildfläche verschwinden und diese Entwicklung nicht einfach aufzuhalten oder gar mit einer großen organisatorischen Kraftanstrengung umzukehren ist. Die Milieus, welche die Volksparteien getragen haben, sind aus je unterschiedlichen Gründen erodiert. Das katholisch-protestantische Fundament, auf dem CDU und CSU einst selbstbewusst standen, ist durch die Säkularisation brüchig geworden. Das hohe „C“ spielt in Akademiediskussionen vielleicht noch eine Rolle, aber Parteibindungen werden dadurch nicht gehalten oder gar verstärkt. Neue Mitglieder oder Wähler lassen sich durch Beschwören des christlichen Menschenbildes kaum gewinnen. Gerade bei Jüngeren zeigt sich ein neues Organisationsverhalten, das sich generell gegen Großorganisationen richtet. Sie lassen sich institutionell, kulturell und normativ nicht einbinden. Natürlich: Kirchengangshäufigkeit ist nach wie vor ein wichtiger Indikator für Wahlverhalten, und gläubige Christen wählen überproportional CDU und CSU. Aber es ist eben nicht mehr die Konfession allein, die entscheidet, ob man die Christdemokratie wählt oder nicht.

Auch das alte sozialdemokratische Milieu wurde gleichsam wegmodernisiert. Der Anteil des sekundären Sektors an der Ökonomie

schrumpft bekanntlich kontinuierlich, und die Zahl der Facharbeiter nimmt entsprechend relativ und absolut ab. Es sind die Veränderungen in der Arbeitswelt, wissensbasierte Produktion, Expansion des Dienstleistungsbereichs, Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und erhöhte Mobilität der Arbeitnehmer, welche die sozialdemokratische Solidargemeinschaft direkt getroffen und die frühere facharbeiterlich-gewerkschaftliche Solidarität aufgelöst haben. Wie die Kirchen, so verlieren die Gewerkschaften, die der SPD einst eng verbundenen wirtschaftlichen Organisationen, Mitglieder. Sie leiden wie die beiden Großparteien und wie die Kirchen darunter, dass die Mitgliedschaft überaltert ist und Jüngere nur schwer zum Eintritt in Arbeitnehmerorganisationen zu bewegen sind. Natürlich: Auch Gewerkschaftsmitgliedschaft ist nach wie vor ein wichtiger Indikator für das Wahlverhalten, von dem die SPD und neuerdings auch Die Linke profitieren. Parteibindung ist in Relikten noch vorhanden. Nur ist diese weicher, unverbindlicher, beliebiger als die einstige Milieubindung.¹⁵

Die Probleme, mit denen die alten Volksparteien konfrontiert sind und die ihren Niedergang bewirken – Rückgang der Zahl der Wähler, Mitglieder und Funktionäre, rasch abnehmende Parteibindung – haben gesellschaftliche und wirtschaftliche, mithin strukturelle Ursachen, sie sind nicht einfach auf Parteiversagen zurückzuführen. Und sie können nicht dadurch gelöst werden, dass Werbekampagnen vom Zaun gebrochen, Schnuppermitgliedschaften eingeführt und Netzwerkparteien ausgerufen werden.

Zumal weitere Gründe zur Krise der Volksparteien beigetragen haben, die eine mögliche Umkehr oder Rückkehr zur „guten alten Zeit“ verstellen. In Stichworten nenne ich: Individualisierungsschübe in der Gesellschaft, nicht zuletzt begünstigt durch die sogenannte Bildungsexplosion der 1970er und 1980er Jahre; Pluralisierung der Lebensstile; Wertewandel und Auflösung traditioneller Wertegemeinschaften; neues Organisations-

¹⁵ Vgl. hierzu Uwe Jun, Wandel des Parteien- und Verbändesystems, in: APuZ, (2009) 28, S. 28 f. und Heinrich Oberreuter, Parteiensystem im Wandel – Haben die Volksparteien Zukunft?, in: V. Kronenberg/T. Mayer (Anm. 3), S. 48–53.

verhalten der jüngeren Alterskohorten, die ihnen erstarrt und verknöchert erscheinenden Großorganisationen nicht beitreten; allgemeine Organisationsmüdigkeit, die selbst Interessenverbände und Sportvereine trifft. Zudem: Ein fundamentaler Wandel der öffentlichen politischen Kommunikation verstärkt noch die Individualisierung und den Wertewandel. Beklagt wird, dass es den Parteien sowohl an Visionen, strategisch ausgelegten Konzepten und den „großen Erzählungen“ als auch an charismatischen, attraktiven Persönlichkeiten mangelt. Inhaltlich und programmatisch hätten die beiden großen Parteien sich zudem so angenähert, dass sie ununterscheidbar seien, heißt es. Schließlich: Politik generell und die einzelnen Politikbereiche seien immer komplexer, komplizierter, technokratischer und damit für den Durchschnittswähler unverständlich geworden. Dadurch würden politisch eigentlich interessierte Bürger abgestoßen.

Welche Bedeutung im Einzelnen oder in der Summe die vielen hier genannten Faktoren für das Ende der Volksparteien haben, kann an dieser Stelle nicht diskutiert werden. Vielmehr kam es darauf an, deutlich zu machen, dass strukturelle, gesellschaftliche und wirtschaftliche Ursachen zum Niedergang der Volksparteien führen, dass insbesondere die Erosion sozialmoralischer Milieus die hier skizzierte Entwicklung unumkehrbar macht.

Konsequenzen

Im Folgenden wird gefragt, welche Konsequenzen der Niedergang der Volksparteien für die kleineren Parteien, für die FDP, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen hat; wie Wahlen und Wahlkämpfe sich künftig verändern; und ob ein neuer Parteytypus entsteht, der den der Volkspartei ablöst.

Geht man von den Umfragen und den Wahlen des Jahres 2009 aus, dann werden die „Kleinen“ offensichtlich größer, sie liegen „im Aufwind“,¹⁶ fahren zweistellige Ergebnisse ein, gewinnen auf Kosten der beiden „Großen“, scheinen auf dem Weg zu mittelgroßen Parteien zu sein. Der Abstand zwischen FDP und SPD betrug bei der Bundestagswahl nur

¹⁶ Uwe Jun/Henry Kreikenbom/Viola Neu (Hrsg.), Kleine Parteien im Aufwind. Zur Veränderung der deutschen Parteienlandschaft, Frankfurt/M. 2006.

noch acht Prozentpunkte. In den neuen Bundesländern liegen CDU, SPD und Linkspartei in etwa gleichauf. Nur: Die „Kleinen“ gewinnen zwar Wähler, aber keine neuen Mitglieder. Bei den Mitgliederzahlen stagnieren die Grünen, minimale Zugewinne verzeichnet die FDP, und nur durch die Fusion von WASG und PDS hat Die Linke hinzugewonnen.

Einige Beobachter meinen, bei den Kleinparteien so etwas wie – wenigstens im Ansatz – Milieubildung erkennen zu können, am ehesten bei Bündnis 90/Die Grünen. Diese haben sich zu einer Partei der bürgerlichen aufgeklärten Mittigkeit mit ökologischem Profil entwickelt. Bei ihnen sind die Traditionen der drei sozialen Bewegungen, aus denen sie kommen (Friedens-, Frauen-, Umweltbewegung), kulturell und organisatorisch sowie an einem gewissen Grad der Vernetzung in bestimmten Nachbarschaften durchaus zu spüren. Die FDP hingegen ist eine Klientelpartei des selbständigen kleinen und mittleren Mittelstandes geblieben, kulturell als spezifisches Segment des Bürgertums erkennbar, profiliert durch die permanent erhobene Forderung nach Steuerenkungen. Dabei hat sich die Sozialstruktur der Mitglieder und Wähler von Grünen und FDP anhand der Indikatoren von Bildung und Einkommen bekanntlich angenähert, sie klaffen aber kulturell und in der Frage nach der Bedeutung des Staatseingriffs in Wirtschaft und Gesellschaft weit auseinander. Gleichwohl ist nicht zu Unrecht argumentiert worden, hinter dem Rücken der Akteure habe sich die nach dem Zweiten Weltkrieg auf dem Heppenheimer Parteitag überwunden geglaubte Spaltung des Liberalismus wieder eingestellt, seine Trennung in einen freisinnig-aufgeklärten Sozialliberalismus und einen staatsfernen Marktliberalismus sei wieder aktuell.

Bei der Linken sind die Milieuansätze in den ostdeutschen Bundesländern am ehesten entwickelt, nämlich durch die gewaltsame Kooptation der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft in die SED sowie durch ihre aktuelle Verankerung in den Nachbarschaften, nicht zuletzt mit Hilfe einiger ehemaliger DDR-Massenorganisationen wie der Volkssolidarität, dem Kulturbund und dem Frauenbund. Eine völlig andere Situation findet sich bei der Linken in den westlichen Bundesländern, hier ist die Partei sozial und programmatisch nicht nur äußerst heterogen, sondern sie wird zerrissen zwischen ideologi-

schen Sektierern und Relikten des solidar-gemeinschaftlichen Milieus, wie es besonders über die Gewerkschaften lokal erhalten geblieben ist.

Trotz der angedeuteten Milieuansätze bei den kleinen Parteien: Ein Milieu, das mit dem katholischen oder dem solidar-gemeinschaftlich-sozialdemokratischen vergleichbar wäre und Bindekraft einer Partei gegenüber einem festen Wählersegment hergestellt hätte, hat sich bei keiner der drei kleinen Parteien herausgebildet. Legt man die oben skizzierten Kriterien für ein sozialmoralisches Milieu an, dann fehlt es an einer breiten und soliden sozialen Basis. Es mangelt an einem Netzwerk von Freizeit- und anderen Organisationen, das eine Grundlage für eine alternative Lebensweise bieten würde. Eine Vision, ein alternatives gesellschaftliches und wirtschaftliches Konzept ist nicht entwickelt worden.

Gleichwohl: Programmatisch haben wenigstens FDP und Grüne versucht, sich zu erweitern, um über die „Alleinstellungsmerkmale“ Steuersenkung und Ökologie hinauszukommen. Entsprechende Konferenzen haben stattgefunden, Konzeptpapiere wurden geschrieben: Bei der FDP in den Bereichen Umwelt und Sozialpolitik, und bei den Grünen ist mit dem „green New Deal“ eine ökologische Industriepolitik in den Bundestagswahlkampf 2009 eingebracht worden. Die Linke hingegen vertritt einen recht undifferenzierten, allgemein-populistischen Ansatz und meidet jede Programmdiskussion aus Furcht, die Partei zu zerreißen.

Festgehalten werden kann: Das, was die beiden großen Volksparteien an Bindekraft gegenüber den Wählern verloren haben, ist von den kleinen Parteien nicht gewonnen worden. Bewusst und in Anlehnung an Otto Kirchheimer kann formuliert werden: Die Volksparteien haben erst nach der Erosion der volksparteilichen Milieus die Versuche aufgegeben, sich die Wähler geistig und moralisch einzugliedern. Tiefere ideologische Durchdringung wird jetzt für einen raschen Wahlerfolg geopfert.¹⁷

Aber vielleicht können sich die Parteien auch gar nicht anders verhalten. Denn die

alten sozialmoralischen Milieus, durch die einst Bindekraft – im heutigen Jargon: Partei-identifikation – hergestellt worden ist, sind, wie wir gesehen haben, aufgrund gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Modernisierung zerbröseln. „Volatilität“ bei Wahlen und Wahlkämpfen wird also erhalten bleiben. Wähler wandern zwischen den Parteien, aber auch ins Nichtwählen. Der Anteil der Wahl-abstinenten wird groß bleiben oder sogar wachsen. „Stammwähler“ wird eine immer seltenere Spezies. Die Wahlkämpfe werden weiter personalisiert werden. Die Klagen in den politischen Feuilletons, dass es nicht mehr um inhaltliche Alternativen gehe, dass es überhaupt an Konzepten, Programmen und Zukunftsentwürfen mangle, werden so lange fortgesetzt, bis von außen aufgrund dramatischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Ereignisse Themen aufgezwungen werden. Bis dahin wird der souverän geführte präsidentielle Wahlkampf von Angela Merkel und der CDU im Jahre 2009 als beispielhaft gelten. Das Gerede vom „Markenkern“ (begrifflich eine Anleihe bei der Betriebswirtschaftslehre und bei Public Relations), den eine Partei entwickeln müsse, um nach innen ihre eigene Identität und nach außen Attraktivität zu gewinnen, zeigt nur, wie sinnentleert Wahlkämpfe geworden sind.

Schließlich: Die Parteien werden sich künftig noch schneller und gründlicher verändern, als dies in den vergangenen Jahrzehnten, in denen die Volksparteien mit ihren sozialmoralischen Milieus erodierte, schon geschehen ist. Ein ganz neuer Parteitypus wird sich entfalten, wie er in der politikwissenschaftlichen Literatur unterschiedlich kategorisiert und beschrieben wird. Da ist die Rede von der professionellen Medienkommunikationspartei, von professionalisierter Wählerpartei, von Kartellpartei, von Medienpartei oder von Fraktionspartei. Alle diese Begriffe weisen in eine Richtung: Die Zeit der Milieubindung der Parteien ist endgültig vorbei, und damit auch die der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Funktionäre. An deren Stelle treten „Profis“, innerparteiliche Spezialisten oder Agenturen für Organisation, PR, Wahlkämpfe und Machterringung. Patronage, nämlich Nominierung und Wahl von Kandidaten für öffentliche Ämter, wird das Parteileben wesentlich bestimmen. Das Zentrum parteipolitischer Macht dürfte sich endgültig von der Organisation hin zu den Fraktionen, Regierungen und Kommunalde-

¹⁷ Vgl. O. Kirchheimer (Anm. 1), S. 352.

zernenten und ihren Mitarbeitern verschieben. Innerparteiliche Entscheidungsprozesse werden zunehmend von außen, von den Medien beeinflusst, das traditionelle Delegiertensystem wird obsolet.

Neuer Parteitypus

Wird hier ein düsteres Bild von den deutschen Parteien und dem Parteiensystem gezeichnet? Es mag auf den ersten Blick so scheinen. Doch der zweite Blick offenbart, dass wir uns normativ immer noch an den „guten alten Zeiten“ orientieren, in denen zwei starke Volksparteien miteinander konkurrierten und eine kleine, eine halbe Partei den Ausschlag gab über die Koalition und die Regierungsbildung. In unseren Köpfen hat sich dieses alte Parteiensystem der 1950er, 1960er und 1970er Jahre wie ein Vorbild verfestigt. In der politischen Realität aber existiert es nicht mehr.

Wir haben es heute nicht nur mit einem Fünfparteiensystem zu tun, sondern die Parteien selbst haben sich fundamental verändert. Genau hier setzt die These an, die in diesem Essay – einseitig und zugespitzt – vorgetragen worden ist: Soziale, wirtschaftliche, politische, also strukturelle Entwicklungen haben zum Ende der Volksparteien geführt, indem die sozialmoralischen Milieus, auf denen diese einst basierten, erodierten. Ein ganz neuer Parteitypus ist dabei, sich zu entfalten. An das neue Bild von Parteien und Parteiensystem haben wir uns noch nicht gewöhnt. Das ist aber kein Grund, Zeter und Mordio zu schreien und zu glauben, die bundesrepublikanische Demokratie zerbrechen, weil die Wahlbeteiligung sinke, die Parteibindung bei Wahlen nachlasse und die Zahl der Parteimitglieder drastisch abnehme. Bekanntlich ist es demokratietheoretisch umstritten, wie intensiv die parteiliche und generell die politische Partizipation sein müsste.¹⁸ Nur sollten wir zur Kenntnis nehmen, dass das Zeitalter der Volksparteien an sein Ende gekommen ist und mit einer neuen historischen Periode der Parteiengeschichte auch neue Formen der (partei)politischen Beteiligung entstehen.

¹⁸ Vgl. Wolfgang Merkel, *Der Parteienverächter. Wider den publizistischen Stammtisch. Ein Zwischenruf*, in: *WZB-Mitteilungen*, Nr. 124 (Juni 2009), S. 14.

Matthias Jung · Yvonne Schroth ·
Andrea Wolf

Regierungswechsel ohne Wechselstimmung

Als 2005 Union und SPD vom Wähler gezwungen wurden, eine große Koalition zu bilden, setzten umgehend Spekulationen darüber ein, dass das Fünfparteiensystem bei weiter zurückgehender Bindekraft der Volksparteien künftig keine klassischen Zweierkoalitionen mehr hervorbringen könne. So lange, wie Dreierkombinationen tabuisiert seien, werde auch 2009 nichts anderes möglich sein als eine Fortsetzung der großen Koalition. Diese Vermutungen begleiteten die gesamte Regierungszeit, und viele „professionelle“ Beobachter erwarteten, dass es am Ende wieder nicht für Schwarzgelb reichen würde. Dass es dann doch noch einmal eine klassische Zweierkoalition wurde, ist das eigentlich Sensationelle am Ergebnis der Bundestagswahl 2009.

Die Wahl hat eine Reihe von Superlativen hervorgebracht: Noch nie hatte eine Partei bei einer Bundestagswahl zweistellige Verluste aufzuweisen, und auch die mit Abstand stärkste Partei verzeichnete ihr zweitschlech-

Alle im Folgenden präsentierten Daten beruhen auf Erhebungen und Analysen der FG Wahlen.

Matthias Jung

Dipl.-Volkswirt, geb. 1956;
Vorstandsmitglied der
Forschungsgruppe Wahlen e.V.,
Postfach 101121,
68011 Mannheim.
matthias.jung@
forschungsgruppe.de

Yvonne Schroth

Dr. phil., M.A., geb. 1971;
Vorstandsmitglied der
FG Wahlen (s.o.).
yvonne.schroth@
forschungsgruppe.de

Andrea Wolf

Dipl. oec. troph., geb. 1965;
Vorstandsmitglied der
FG Wahlen (s.o.).
andrea.wolf@
forschungsgruppe.de

testes Ergebnis überhaupt. Aber im Gegensatz zu 1998, 2002 und 2005 hat die Union mit diesem bescheidenen Prozentergebnis die Wahl gewonnen und ihr Wahlziel, eine schwarzgelbe Koalition zu bilden, erreicht – und das mit dem bisher wohl softesten und kürzesten Wahlkampf überhaupt. Dass keiner der Regierungspartner ungeschoren aus der großen Koalition herauskommen würde, dürfte allen Beteiligten von vornherein klar gewesen sein. Dass die Beschädigung der Parteien dabei so einseitig zu Lasten der SPD ausfallen sollte, war allerdings keineswegs absehbar.

Auch wenn die Union den großen Vorteil hatte, die Kanzlerin zu stellen, war die Regierung als Bündnis auf Augenhöhe gestartet. Die große Koalition, der oft nachgesagt wurde, dass sie inhaltlich trotz ihrer theoretischen Machtfülle nur wenig bewegt habe, erfreute sich von Anfang an bei den Wählerinnen und Wählern größerer Beliebtheit als bei den sie tragenden Parteien. Sie bekam die ganze Legislaturperiode über eine verhalten positive Leistungsbeurteilung, die sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise noch signifikant verbesserte. Auch unmittelbar vor der Wahl meinten 60 % der Befragten, dass die Bundesregierung ihre Sache „eher gut“ mache, nur 31 % waren gegenteiliger Meinung („weiß nicht“: 9 %). Entscheidender ist in diesem Zusammenhang aber, dass lediglich 30 % die Auffassung vertraten, dass es eine schwarzgelbe Bundesregierung besser machen würde. 20 % meinten sogar, eine solche Regierung werde es schlechter machen, und 42 % waren der Ansicht, dass es keinen großen Unterschied gebe. Insofern war diese Wahl weder von nennenswerter Unzufriedenheit mit der Regierung noch von einem deutlichen Wunsch nach Veränderung geprägt. Selbst unter den Anhängern der Union waren lediglich 50 % der Meinung, dass eine Koalition aus CDU/CSU und FDP die Regierungsgeschäfte besser erledigen würde als die große Koalition.

Bei der Bundestagswahl 2005 hatte sich die Union programmatisch deutlich wirtschaftsorientiert und in starker inhaltlicher Nähe zu den Positionen der FDP präsentiert und ihr Profil im Sozialen vernachlässigt. Damit hatte der Wettbewerb mit der FDP um die selben Wählerschichten einen zu großen Raum eingenommen, der zudem machtpolitisch un-

wirksam blieb, weil die Union in der Mitte gegenüber der SPD nicht genügend punkten konnte. Diese von vielen als „soziale Kälte“ wahrgenommene Position der Union im Wahlkampf 2005 machte sie angreifbar und erlaubte es dem „großen Kommunikator“ Gerhard Schröder, mit dieser Thematik die Anhängerschaft der SPD zu mobilisieren.

Diesen Fehler wollten Angela Merkel und die Unionsführung 2009 nicht noch einmal begehen. Sie begannen schon sehr früh mit einer gezielten Neupositionierung der Union Richtung Mitte. Dies führte zu einer Renaissance der sozialen Wurzeln der Unionsprogrammatische, was von einigen in der Union als „Sozialdemokratisierung“ kritisiert wurde. Eine gemeinsame Mehrheit mit der FDP war aber nur zu erreichen, wenn die CDU/CSU bei den Wählern im Zwischenbereich von SPD und Union Boden gutmachen konnte, auch um den Preis nicht unerheblicher Abwanderungen zur FDP. Das war eine riskante, letztlich aber von Erfolg gekennzeichnete Wahlkampfstrategie. Diese Umpositionierung ging in der großen Koalition vergleichsweise einfach vonstatten, da die Regierungspolitik und die Wahrnehmung der Kanzlerin durch die Kompromisse mit der SPD eine deutlich sozialere Ausrichtung erhalten hatten, als es dem Image von 2005 entsprach.

Entscheidend für den Wahlerfolg der Union war die Dominanz der Bundeskanzlerin in der Kandidatendimension. Sie hat sich durch ihre internationale Reputation sowie durch ihren von Anfang an vermittelnden, fast schon präsidentiellen Regierungsstil in der Bevölkerung eine außerordentlich hohe Zufriedenheit mit ihrer Arbeit erworben, die sie gegenüber den unvermeidlichen Spannungen in einer großen Koalition weitgehend immunisierte. Endgültig festigen konnte sie dieses Image im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise, in der sie zusammen mit „ihrem“ Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) mit einer undogmatischen und zupackenden Linie den Eindruck vermitteln konnte, dass es zu ihr personell und inhaltlich keine Alternative gab.

Dieses hohe persönliche Ansehen von Angela Merkel führte zu einem sehr deutlichen Vorsprung bei der K-Frage gegenüber ihrem Herausforderer, Außenminister Frank-Walter

Steinmeier, so dass Merkel am Schluss nicht nur die fast ungeteilte Unterstützung der Anhänger von Union und FDP erfahren hat, sondern selbst eine Woche vor der Wahl jeder fünfte Wähler der SPD eigentlich Merkel als Regierungschef präferierte. Dieser massive Wunsch nach einer Fortsetzung der Kanzlerschaft Merkels hat offensichtlich bei vielen SPD-Anhängern zu einer massiven kognitiven Dissonanz geführt, was nicht unbedingt eine Veränderung der angestammten Parteipräferenz zur Folge hatte, sich aber im Hinblick auf die Wahlteilnahme demobilisierend auswirkte. Zudem konnte die SPD im Wahlkampf keine ausreichende Mobilisierung über die sozialen Themen erreichen, denn dafür bot ihr die Union im Gegensatz zu 2005 zu wenig Angriffsfläche.

Dass die Perspektive für die SPD und das linke Lager trotzdem nicht aussichtslos war, zeigen die Einstellungen der Bevölkerung zu einer Reihe von innenpolitischen Themen. Sei es die Rente mit 67, das Thema Mindestlohn, die „Reichensteuer“, die Frage der Kernenergie: Bei all diesen Themen gab es keine gesellschaftliche Mehrheit für die Positionen eines schwarzgelben Bündnisses. Merkel und der Union gelang es aber, diese Themen weitgehend aus dem Wahlkampf herauszuhalten und die Grundfragen der ökonomischen Zukunftssicherung als einziges wichtiges Thema in den Vordergrund zu stellen. Dabei ging es weniger um Festlegungen, die Gegenstand einer inhaltlichen Debatte hätten werden können, sondern primär um die Vermittlung des Gefühls eines vorsichtigen „Weiter so“. Wie gut das gelang, zeigen die Antworten auf die Frage nach der Zukunftsvorbereitung: So meinten mitten in der größten Wirtschaftskrise der Bundesrepublik 49 % der Befragten, dass Deutschland auf die Herausforderungen der Zukunft „eher gut vorbereitet“ sei, und nur 44 % sahen das nicht als gegeben an („weiß nicht“: 7 %). Vier Jahre zuvor, in einer wirtschaftlichen Situation, die auch nicht ansatzweise so kritisch war, meinten 60 %, dass Deutschland nicht gut auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet sei, und nur 34 % sahen Deutschland gut gerüstet. Es herrschte also vor der Bundestagswahl kaum Unzufriedenheit – und damit auch keine Notwendigkeit, einen politischen Wechsel herbeizuführen.

Im Gegensatz zu 2005 hatte sich die politische Stimmungslage in den Monaten vor der

Wahl kaum verändert. Lediglich unmittelbar vor dem Wahltag, als längerfristige Parteipräferenzen der Wähler stärker zum Tragen kamen, verringerte sich der Vorsprung von Schwarzgelb etwas. Wenn man anstelle der Sonntagsfrage die Potentiale aller Parteien betrachtet, also die Frage, welche Parteien man sich vorstellen kann zu wählen und welche nicht, verstärkt sich diese Stabilität noch deutlich, und es zeigt sich vor allem, wie schlecht die SPD im Gegensatz zur Union ihr Potential ausgeschöpft hat: Nur jeder zweite Befragte, der sich vorstellen konnte, die SPD zu wählen, hat das dann tatsächlich getan. Bei der CDU/CSU waren das immerhin etwas mehr als drei Fünftel. Die Potentialbetrachtung gibt auch Aufschluss darüber, wie stark sich die Wähler selbst noch in den traditionellen politischen Lagern verorten: So konnten sich 48 % der CDU/CSU-Wähler in der Woche vor der Wahl vorstellen, die FDP zu wählen, umgekehrt 60 % der FDP-Wähler die CDU/CSU. Ähnlich verhielt es sich zwischen SPD und Grünen. In beiden Lagern entschieden vor allem koalitionstaktische Überlegungen darüber, ob die Union oder die FDP bzw. die Grünen oder die SPD ein besonders gutes oder schlechtes Ergebnis erhielten, ohne dass das einen entscheidenden Einfluss auf den Ausgang der Wahl in machtpolitischer Hinsicht hatte, jedenfalls solange andere als die klassischen Koalitionsvarianten keine Rolle spielen.

Für das Abschneiden der Parteien waren die Koalitionspräferenzen von zentraler Bedeutung: Im „bürgerlichen Lager“ vermittelte die eindeutige Koalitionsaussage der FDP unionsnahen Wählern, welche die große Koalition ablehnten, die Gewissheit, mit ihrer Stimme für die FDP Schwarzgelb und Kanzlerin Merkel zu unterstützen. Um eine erneute große Koalition zu verhindern, hatten koalitionstaktisch ausgerichtete bürgerliche Wähler bei rationalem Abstimmungsverhalten keine andere Wahl, als für die FDP zu stimmen. Ähnlich verhielt es sich im linken Parteienspektrum: Für dezidiert links orientierte Wähler schied die Unterstützung der SPD aus, da man damit Gefahr gelaufen wäre, entweder für eine große Koalition oder eine Ampelkoalition zu stimmen. Letzteres wäre auch möglich gewesen bei einem Votum für die Grünen. Damit profitierten die Linke ebenso wie die FDP zu einem erheblichen Teil von der Koalitionskonstellation; ihr star-

kes Abschneiden kann nicht nur als inhaltliches Votum für die Programmatik dieser beiden Parteien gewertet werden.

Wahlergebnis

Nach vier Jahren großer Koalition gehen beide Regierungsparteien mit Verlusten aus der Bundestagswahl – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß. Für die Union ist das Ergebnis 2009 (33,8 %) mit Einbußen von 1,4 Prozentpunkten das schlechteste seit 1953. Nur bei der ersten Bundestagswahl 1949, als das Parteienspektrum durch eine Vielzahl vergleichsweise erfolgreicher kleinerer Parteien gekennzeichnet war, schnitt sie noch schlechter ab. Die SPD fällt mit ihrem Ergebnis (23,0 %) auf einen Tiefstwert, mit Rekordverlusten von 11,2 Prozentpunkten. Damit trennen die Parteien jetzt mehr als zehn Prozentpunkte, während sie 2005 noch fast gleichauf lagen. Auch im Erststimmenergebnis, das erwartungsgemäß bei CDU/CSU (39,4 %) und SPD (27,9 %) über dem jeweiligen Zweitstimmenergebnis liegt, zeigt sich dieser Abstand. In fast drei Viertel aller 299 Wahlkreise in Deutschland erzielte die Union (218 Direktmandate) den höchsten Erststimmenanteil, die SPD (64 Direktmandate) verlor dagegen mehr als die Hälfte ihrer Wahlkreise von 2005. 16 Direktmandate und damit 13 mehr als vor vier Jahren gehen an die Linke, eines, wie 2005, an die Grünen.

Die eigentlichen Gewinner der Bundestagswahl sind die so genannten kleinen Parteien: FDP (14,6 %), Linke (11,9 %) und Grüne (10,7 %) verbuchen mit zweistelligen Resultaten ihre jeweils größten Erfolge bei einer Bundestagswahl. Den prozentual größten Zugewinn kann die FDP verzeichnen. Die sonstigen Parteien sind in der Summe so stark wie seit den 1950er Jahren nicht mehr. Trotz der Verluste der Union erreichen CDU/CSU und FDP zusammen die Mehrheit der Sitze im Deutschen Bundestag.

Einen Negativrekord stellt der Rückgang der Wahlbeteiligung auf 70,8 % dar, wobei der Anteil der Wähler im Osten (64,8 %; 2005: 74,3 %) stärker gesunken ist als im Westen (72,3 %; 2005: 78,5 %). Auch das Wahlergebnis fällt in den beiden Landesteilen wieder deutlich auseinander, insbesondere bei der Linken, aber auch bei der SPD, die 2005

noch stärkste Partei in den östlichen Bundesländern war und jetzt nur noch auf Platz drei kommt. Mit 29,8 % erreicht die CDU das erste Mal seit 1994 wieder den größten Stimmenanteil im Osten und kann hier – anders als im Westen, wo sie mit 34,7 % Verluste einfährt (minus 2,8) – mit einem Plus von 4,5 Prozentpunkten sogar deutlich zulegen.

Dagegen hat die SPD mit einem Ergebnis von 24,1 % im Westen (minus 11,0) und 17,9 % im Osten (minus 12,5) Einbußen in ähnlicher Größenordnung. FDP, Linke und Grüne verzeichnen in den östlichen und in den westlichen Bundesländern durchweg Gewinne. So verbessert sich die FDP im Westen um 5,2 Prozentpunkte auf 15,4 %, im Osten erreicht sie 10,6 % (plus 2,6). Die Linke hat in beiden Landesteilen gleich hohe Zuwächse; im Osten (plus 3,2) liegt sie mit 28,5 % – ihrem hier besten Ergebnis bei einer Bundestagswahl – fast gleichauf mit der führenden CDU. Im Westen (plus 3,4) bleibt die Linke mit 8,3 % die schwächste der kleineren Parteien. Hier kommen die Grünen auf 11,5 % (plus 2,7), im Osten (plus 1,6) sind sie mit 6,8 % wesentlich weniger präsent. Einzig der Anteil der sonstigen Parteien unterscheidet sich anders als 2005 kaum (Westen: 5,9 %, Osten: 6,3 %).

Neben den Ost-West-Differenzen ist auch das unterschiedliche Abschneiden der Parteien im Norden und Süden der Republik aufschlussreich. Die Union, traditionell im Süden besonders erfolgreich, erzielt auch bei dieser Wahl ihre besten Ergebnisse in Bayern (42,6 %), Baden-Württemberg (34,4 %) und Rheinland-Pfalz (35,0 %). Allerdings hat sie gerade hier (Bayern: minus 6,6; Baden-Württemberg: minus 4,8) ihre größten Verluste, und das jetzige Ergebnis stellt das schlechteste in Baden-Württemberg überhaupt und in Bayern seit 1953 dar. Im Gegenzug kann sich die FDP vor allem in Baden-Württemberg stark verbessern (plus 6,9) und erreicht dort mit 18,8 % ihr bis dato bestes Ergebnis. In den östlichen Bundesländern schneidet die CDU besonders in Sachsen (35,6 %) bei überdurchschnittlichen Gewinnen (plus 5,6) gut ab. Die SPD ist erneut im Norden und in der Mitte stärker, vor allem in Niedersachsen (29,3 %) und in Bremen (30,3 %) kommt sie trotz vergleichsweise hoher Einbußen (minus 13,9 bzw. minus 12,6) auf Ergebnisse deutlich über dem Bundesschnitt. Im Osten verzeich-

net die SPD vor allem in Mecklenburg-Vorpommern (16,6 %) und Sachsen-Anhalt (16,9 %) herbe Verluste. In beiden Ländern fällt die SPD fast auf die Hälfte ihres Stimmenanteils von 2005 zurück. Dafür fährt die Linke hier Spitzenergebnisse ein: In Sachsen-Anhalt und Brandenburg wird die Linke vor der CDU stärkste Partei im Land. In allen westlichen Bundesländern kommt die Linke anders als 2005 jetzt deutlich über 5 % und zeigt sich damit auch hier als etablierte Größe im Parteiensystem. Ihr Schwerpunkt liegt mit 21,2 %, Lafontaine-bedingt, erneut im Saarland, aber auch in Bremen (14,2 %) und Hamburg (11,2 %) wird sie zweistellig.

Für das Abschneiden der Grünen, der Union und in geringerem Maße auch der SPD spielt neben der regionalen Komponente auch der Grad der Urbanisierung eine wichtige Rolle: Dabei hat die Union regelmäßig ihre besten Ergebnisse in Gebieten mit niedriger Bevölkerungsdichte, während die Grünen in städtischen Bereichen, vorzugsweise mit universitärem Umfeld, besonders erfolgreich sind.

Parteien und Sozialstruktur

Nachdem im Wahljahr 2002 die Union eher von Männern und die SPD eher von Frauen unterstützt worden war, spielte das Geschlecht 2005 beim Wahlverhalten kaum eine Rolle. Bei der Bundestagswahl 2009 gibt es die größten Unterschiede im Wahlverhalten von Männern und Frauen bei der Union, die bei Frauen mit 36 % besser abschneidet als bei Männern mit 31 %. Dies ist vor allem auf deutliche Gewinne bei den 30- bis 44-jährigen Frauen zurückzuführen. Auch die Grünen erhalten bei Frauen ein überdurchschnittliches Ergebnis, wohingegen die FDP und die Linke bei Männern besser abschneiden. Noch deutlicher sind jedoch die Unterschiede in den Altersgruppen und in Abhängigkeit vom formalen Bildungsgrad. Vor allem Letzteres stellt bezogen auf das Wahlverhalten ein stark diskriminierendes Merkmal dar.

Bei der CDU/CSU gibt es bekanntermaßen ein deutliches altersspezifisches Wählermuster. Die Union schneidet wie gewohnt sowohl gesamtdeutsch mit 42 % als auch in Ost (33 %) und West (44 %) bei den über 60-Jährigen am besten ab. Bei den unter 30-

Jährigen erhält sie lediglich 27 % der Zweitstimmen. Bei den 30- bis 44-Jährigen kommt sie insgesamt auf 33 % und kann in dieser Alterskategorie vor allem im Osten zulegen (29 %, plus 7), im Westen bleibt sie unverändert auf 33 %. Bei den 45- bis 59-Jährigen erreicht die Union gesamtdeutsch 31 % (minus 3). In dieser mittleren Alterskategorie kann sie im Osten mit 30 % zulegen (plus 4), während sie im Westen nur noch auf 31 % kommt (minus 5). Betrachtet man zusätzlich zum Alter noch den formalen Bildungsgrad, so schneidet die Union bei den über 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss mit 38 % am besten ab. Ihr schlechtestes Ergebnis hat die Union mit jeweils 27 % bei den unter 35-Jährigen mit formal niedrigem und höherem Bildungsabschluss.

Bei der SPD gab es 2005 kaum altersspezifische Unterschiede, was sich 2009 durch die erheblichen Verluste vor allem bei den unter 30-Jährigen deutlich verändert hat. Die starken Verluste bei jungen Wählerinnen und Wählern treten in Ost wie in West gleichermaßen auf. Bei den unter 30-Jährigen erreicht sie nur noch 16 %, das ist ein Verlust von 18 Prozentpunkten, und wird dort von der FDP (17 %) überholt. Die SPD erzielt wie die Union bei den über 60-Jährigen sowohl insgesamt mit 28 % (minus 6) als auch in Ost (26 %) und West (29 %) ihr bestes Ergebnis. Bei den 30- bis 44-Jährigen kommt die SPD auf 20 % (minus 13), bei den 45- bis 59-Jährigen mit nur durchschnittlichen Verlusten auf 24 % (minus 11). Bedeutende geschlechtsspezifische Unterschiede gibt es nicht. Wie auch die Union schneidet die SPD bei über 35-Jährigen mit Hauptschulabschluss mit 29 % am besten ab. Das schlechteste Ergebnis erreicht sie bei den unter 35-Jährigen mit mittlerem Bildungsabschluss (14 %), innerhalb dieser Gruppe verliert sie im Vergleich zur letzten Bundestagswahl 20 Prozentpunkte.

Wie auch schon 2005 wird die FDP von Männern (17 %) eher gewählt als von Frauen (13 %). Die FDP schneidet in beiden Landesteilen bei den unter 45-jährigen Wählerinnen und Wählern deutlich besser ab als in höheren Alterskategorien. Dies gilt vor allem im Westen für Männer unter 30 Jahren (20 %); in den neuen Bundesländern wird sie von jungen Männern wie Frauen gleichermaßen gewählt. Bei den unter 30-Jährigen kommt sie auf 17 % (plus 5); bei den 30- bis 44-Jährigen

kann sie am meisten dazu gewinnen und kommt auf 16 % (plus 6). In der Altersgruppe von 45 bis 59 Jahren erhält sie 14 % der Stimmen, bei den Wählerinnen und Wählern ab 60 Jahren mit 12 % den niedrigsten Anteil. Bildungsunterschiede im Wahlverhalten zugunsten der FDP haben sich im Vergleich zu 2005 nivelliert, da sie vor allem bei jüngeren Wählerinnen und Wählern mit niedrigeren Bildungsabschlüssen zulegen konnte. So kommt die FDP bei den Wählerinnen und Wählern mit Hauptschulabschluss auf 13 % (plus 5) und bei denjenigen mit Mittlerer Reife auf 15 % (plus 5). Bei unter 35-jährigen Wählern mit mittlerem Bildungsabschluss kommt sie sogar auf 19 % (plus 7).

Die Grünen werden traditionell häufiger von Frauen gewählt, dies ist auch 2009 der Fall. Bei den Wählerinnen schneiden die Grünen mit 13 % besser ab als bei Wählern mit 9 %. Auch die Altersunterschiede sind wieder stark ausgeprägt. So lässt sich eine klare Linie zwischen Wählerinnen und Wählern unter bzw. über 60 Jahren ziehen. Die Grünen schneiden bei den unter 30-Jährigen mit 14 % (plus 4) am besten ab, wobei es mit 18 % vor allem unter 30-jährige Frauen sind, die grün wählen, bei den gleichaltrigen Männern sind es lediglich 11 %. Bei den 30- bis 44-Jährigen kommen sie auf 12 % (plus 2), bei den 45- bis 59-Jährigen auf 13 % (plus 4) und bei den über 60-Jährigen lediglich auf 6 % (plus 1). Diese Altersgrenze lässt sich auch für die alten Bundesländer nachzeichnen; im Osten werden die Grünen häufiger von den unter 45-Jährigen gewählt. Bei den ostdeutschen 45- bis 59-Jährigen kommen die Grünen lediglich auf 6 %, während die Linke in dieser Altersgruppe 33 % erreicht; bei den über 60-Jährigen sind es nur 4 %. Bei den Grünen existieren die deutlichsten Bildungsunterschiede: So erreichen die Grünen bei den formal höher Gebildeten ihr bestes Ergebnis. Bei den Hochschulabsolventen kommen sie auf 18 % (plus 4), bei Wählerinnen und Wählern mit Hochschulreife auf einen Anteil von 16 % (plus 3). Bei Wählerinnen und Wählern mit mittlerem Bildungsgrad erzielen sie 9 % (plus 2) und in der Gruppe mit Hauptschulabschluss lediglich 5 %. Während die Grünen im Westen unabhängig vom Alter bei Hochschulabsolventen am besten abschneiden, ist dies im Osten lediglich bei den unter 35-Jährigen der Fall (22 %). Bei den ostdeutschen Wählerinnen und Wählern über 35 Jahre mit

Studienabschluss kommen die Grünen nur auf 9 %, die Linke hingegen auf 31 %.

Bei der Partei Die Linke bestehen nur in den neuen Bundesländern nennenswerte Altersunterschiede. Lediglich bei den über 60-Jährigen schneidet sie gesamtdeutsch unterdurchschnittlich ab (10 %), was auch für den Westen zutrifft. Im Osten erreicht die Linke hingegen mit 23 % bei den unter 30-Jährigen ihren geringsten Anteil; bei den 45- bis 59-Jährigen hat sie ein überdurchschnittliches Ergebnis (33 %). Am wenigsten Unterstützung erfährt die Linke bei jungen ostdeutschen Wählerinnen und Wählern mit hohem Bildungsgrad, während es bei Wählern ab 35 Jahren kaum Bildungsunterschiede gibt. In den westlichen Bundesländern schneidet die Linke in denjenigen Gruppen am besten ab, in denen die SPD starke Verluste verbuchen muss, und zwar bei den unter 35-Jährigen mit niedrigem (15 %, plus 8) und mittlerem (12 %, plus 6) Bildungsabschluss. Auch bei jüngeren westdeutschen Wählerinnen und Wählern mit hohem Bildungsgrad erzielt sie ein weniger gutes Ergebnis (7 %). Bei den über 35-Jährigen gibt es auch hier kaum noch Bildungsunterschiede und durchschnittliche Resultate.

Neben Alter, Geschlecht und Bildungsabschluss spielen weitere sozialstrukturelle Merkmale wie die berufliche Stellung eine bedeutende Rolle für die Erklärung von Wahlverhalten. Die Zugehörigkeit zu sozialen Gruppen in ähnlichen sozialen Lagen fördert das Durchlaufen spezifischer politischer Sozialisationsprozesse, welche Auswirkungen auf die Wahrnehmung und Deutung sozialer Wirklichkeiten sowie auf soziales und politisches Verhalten haben. Das Parteiensystem der Bundesrepublik und die interessenpolitischen Ausrichtungen selbst der beiden Volksparteien brachten bis in die 1980er Jahre klare Allianzen zwischen „gesinnungsmäßig“ homogenen Stammwählern und den Volksparteien hervor. Die Bindungen zwischen kirchlich gebundenen Katholiken und der Union sowie gewerkschaftlich organisierten Arbeitern und der SPD waren in der alten Bundesrepublik jahrzehntelang von großer Bedeutung. Intensität und Ausmaß dieser langfristigen Bindungen sozialer Gruppen an Parteien nehmen jedoch immer weiter ab. Auch scheinen die Parteien diesen Gruppen keine klare symbolische Repräsentanz mehr bieten zu können.

Die SPD muss seit der Bundestagswahl 2002 bei ihren traditionellen Stammwählern, Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, kontinuierlich Verluste hinnehmen. Noch Ende der 1990er Jahre erzielten die Sozialdemokraten in diesen Wählergruppen mehr als die Hälfte der Stimmen. Nachdem die SPD 2002 und 2005 innerhalb der verschiedenen Berufsgruppen unter den Arbeitern noch ihr bestes Ergebnis erzielen konnte (44 % und 37 %), wird sie im Jahr 2009 nur noch von einem Viertel der Arbeiter (25 %, minus 12) gewählt. Die Union erfährt in der Berufsgruppe der Arbeiter mit 31 % erstmals mehr Unterstützung als die SPD. Auch die Linke kann wiederholt innerhalb der Arbeiterschaft zulegen. Nachdem sie bereits im Jahr 2005 von 12 % der Arbeiter gewählt wurde, erreicht sie bei dieser Wahl 16 %. Die Verluste der SPD innerhalb der Arbeiterschaft kommen aber auch der FDP (13 %, plus 6) und den Grünen (7 %, plus 2) zugute, die in der Vergangenheit hier deutlich weniger präferiert worden waren.

In den neuen Bundesländern ist die Linke bei den Arbeitern mit 32 % (plus 3) stärkste Partei, die Union kann sich auf 28 % (plus 4) verbessern, und die SPD, die unter den Arbeitern in Ostdeutschland bereits 2005 ihre Vorrangstellung eingebüßt hatte, kommt lediglich auf 17 % (minus 12). Bei westdeutschen Arbeitern können vor allem die FDP und die Linke Stimmen gewinnen und erreichen 14 % (plus 6) bzw. 11 % (plus 5). Auch hier wird die SPD mit 27 % hinter der Union (32 %) nur zweitstärkste Partei. Betrachtet man zusätzlich zur beruflichen Stellung noch die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, so wird die SPD unter Gewerkschaftsmitgliedern im Westen mit 36 % zwar noch stärkste Partei, sie muss jedoch im Vergleich zu den Wahlen 2002 (52 %) und 2005 (50 %) in ihrer Stammwählerschaft herbe Verluste hinnehmen. Selbst unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitern im Westen kommt die SPD nur noch auf 37 %, in den Jahren 2002 (56 %) und 2005 (54 %) wurde sie dort noch mehrheitlich unterstützt. Die Linke kann bei westdeutschen Gewerkschaftsmitgliedern mit 14 % (plus 6) ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen, und selbst die FDP kommt in dieser Gruppe auf 10 % (plus 4).

In den beiden großen Gruppen der Angestellten und Beamten erhalten die Parteien

auch bei dieser Wahl nur wenig vom Gesamtergebnis abweichende Resultate. Bei den Selbstständigen bekommt zwar die Union die meisten Stimmen (36 %), doch muss sie im Vergleich zu 2005 in dieser Berufsgruppe überdurchschnittliche Verluste hinnehmen (minus 5), wovon die FDP erneut profitierte. Diese liegt bei den Selbstständigen bei überdurchschnittlichen 24 % (plus 4), die Grünen erreichen 13 % (plus 3), die Linke 8 % (plus 3) und die SPD 15 % (minus 8). Bereits vor vier Jahren wurde die Linke stark überdurchschnittlich von Arbeitsuchenden unterstützt, und sowohl die Union als auch die SPD mussten in dieser Wählergruppe Einbußen hinnehmen. Dieser Trend setzt sich fort: Die Linke kommt jetzt unter Arbeitslosen auf ein Rekordergebnis von 32 % (plus 7), die SPD rutscht auf 19 % (minus 14) und die Union auf 16 % (minus 4) ab. Bei Auszubildenden und Studierenden kam die SPD bei der Wahl 2005 noch auf 37 %, die Union lag in dieser Gruppe deutlich dahinter. Bei dieser relativ jungen Wählergruppe verliert die SPD massiv an Unterstützung und kommt nur noch auf 18 %. Die Union schneidet mit 24 % (minus 2) besser ab als die SPD, und vor allem die Grünen können in dieser jungen Wählerschaft mit 19 % (plus 5) ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Aber auch die FDP und die Linke können bei den Auszubildenden von der Schwäche der Sozialdemokraten profitieren und kommen auf 14 % (plus 4) bzw. 12 % (plus 5).

Weniger die Konfessionsunterschiede als die Stärke der Kirchenbindung spielen beim Wahlverhalten weiterhin eine große Rolle. Bei einer zwar in beiden Konfessionen abnehmenden Kirchenbindung zeigt sich weiterhin eine klare Tendenz der kirchlich gebundenen Katholiken zugunsten der CDU/CSU: So erreicht die Union bei westdeutschen Katholiken, wenn auch mit Verlusten, ein weit überdurchschnittliches Ergebnis von 44 % (minus 4). Bei Katholiken mit Kirchenbindung kommt sie sogar auf 67 % (minus 5). Die SPD schafft in dieser Gruppe lediglich 12 %. Diese treue Anhängerschaft der Union verliert jedoch immer mehr an Bedeutung, da der Anteil der Katholiken mit starker Kirchenbindung inzwischen auf 8 % an der Gesamtheit der Wahlberechtigten zurückgegangen ist. Die SPD büßt 2009 ihren Vorsprung bei den Protestanten mit 27 % (minus 13) ein, und die Union wird mit 32 %

(minus 2) stärkste Partei. Lediglich bei den westdeutschen Konfessionslosen bleibt die SPD mit 24 % (minus 13) noch vor der Union mit 20 % (minus 2) und der FDP mit 18 % (plus 7). In den ostdeutschen Bundesländern ist die Linke unter den Konfessionslosen erstmals mit 33 % (plus 3) stärkste Partei. Damit löst sie die SPD ab, die 2002 deutlich und auch noch 2005 knapp besser abschnitt.

Die traditionellen Bindungen an die Parteien haben sich seit den 1980er Jahren stark gelockert. Die berufliche Stellung hat bei dieser Wahl weiter an Erklärungskraft verloren. So kann man zusammenfassend feststellen, dass der SPD nach elf Jahren Regierungsbeteiligung ihre Stammwähler, die Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder, davongelaufen sind. Die jahrelange symbolische Repräsentanz wurde von dieser Wählergruppe seit 2002 immer weniger wahrgenommen. Die Linke scheint diese Lücke der Interessenvertretung partiell ausfüllen zu können. Lediglich Katholiken mit Kirchenbindung weisen nach wie vor starke Affinität zur Union auf. Beide traditionellen Wählergruppen schrumpfen schon seit längerer Zeit und spielen daher anteilmäßig innerhalb des Elektorats eine immer geringere Rolle.

So wird das Abschneiden der Parteien seit geraumer Zeit und in zunehmendem Maße von einer Mehrheit von Wählern bestimmt, die entweder über keine oder lediglich über eine schwache Parteiidentifikation verfügen und ein hohes Maß an instrumentell-pragmatischen Einstellungen gegenüber politischen Prozessen aufweisen. Trotz dieses zunehmenden *dealignment* bleiben Ungleichheitsmuster bestehen, denn nach wie vor sind beim Wahlverhalten Alters- und vor allem Bildungsunterschiede deutlich ausgeprägt. Die SPD muss vor allem bei Jungwählern starke Verluste hinnehmen und ist nun, wie die Union schon längere Zeit, eine von über 60-Jährigen überdurchschnittlich häufig präferierte Partei, während die drei kleinen Parteien bei den Jüngeren punkten können, die FDP eher bei jungen Männern, die Grünen eher bei jungen Frauen. Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten sind immer noch bei der Linken auszumachen, wobei die Linke in beiden Teilen Deutschlands sowohl von unterschiedlichen Wählergruppen als auch in nicht vergleichbarem Ausmaß Unterstützung findet.

Gerhard Schröder hat 1998 unter günstigen Rahmenbedingungen der SPD einen neuen Kurs verordnet und die Partei in die Mitte geführt. Damit hat er zwar der SPD die Chance auf strukturelle Mehrheitsfähigkeit eröffnet, seine Partei auf diesen Weg aber nicht mitgenommen und so trotz seines Erfolges die Herzen der Parteimitglieder nicht gewonnen. Entsprechend schnell wurde seine programmatische Neubestimmung der SPD als Partei der Mitte aufgegeben. Das Fiasko, das die SPD bei dieser Bundestagswahl erlebt hat, dürfte in der Konsequenz zu einem mehr oder minder stark ausgeprägten Linkskurs der SPD führen, nicht weil dieser im Spannungsfeld von Linke, Grünen und Union erfolversprechender zu sein scheint, sondern weil die Partei mit einer solchen programmatischen Orientierung eher mit sich im Reinen ist. Ob aber die SPD mit einer solchen Ausrichtung mittelfristig noch Volkspartei bleiben kann, ist aus heutiger Sicht eine offene Frage.

Auch Angela Merkel hat für diese Bundestagswahl die Union bewusst und systematisch Richtung Mitte positioniert, um anders als 2005 eine Mehrheitsfähigkeit für Schwarzgelb zu ermöglichen. Auch in ihrer Partei hat diese Strategie nicht nur Begeisterung ausgelöst, führte aber bisher zu weniger Irritationen, als dies bei der SPD der Fall gewesen war. Mit Blick auf das Wahlergebnis sind vier Jahre Regierungstätigkeit angesichts der behutsamen Neupositionierung in einer Reihe von Themenfeldern wenig Zeit, um lange sozialisierte Parteiorientierungen von Wählern aufzubrechen. Viel mehr als asymmetrische Demobilisierung in einem Bundestagswahlkampf war für die Union jetzt nicht zu erreichen. Aber der zu erwartende Kurs der SPD bietet der Union die Chance, auch dauerhaft Boden in der Mitte gutzumachen. Die erste Probe aufs Exempel wird die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 2010 liefern. Mit dem Verzicht auf ein „Rollback“ im Koalitionsvertrag mit der FDP haben sich die Chancen für Schwarzgelb, Nordrhein-Westfalen zu halten, erheblich vergrößert.

Frank Decker

Koalitions- aussagen und Koalitionsbildung

Mit Blick auf die Entwicklung des deutschen Parteiensystems verdienen fünf Aspekte des Ergebnisses der Bundestagswahl

Frank Decker

Dr. rer. pol., Dipl.-Pol.,
geb. 1964; Professor für
Politische Wissenschaft an
der Rheinischen Friedrich-
Wilhelms-Universität,
Lennéstraße 27,
53113 Bonn.
frank.decker@uni-bonn.de

2009 festgehalten zu werden. *Erstens* hat die Wahl die Fünfparteienstruktur verfestigt, die durch die Etablierung einer gesamtdeutschen Linkspartei auf Bundesebene seit 2005 entstanden war. *Zweitens* hat sie die bipolare Struktur des Systems bekräftigt, in dem sich zwei elektoral und koalitionspolitisch abgrenzbare Lager gegenüberstehen. *Drittens* hat sie die Kräfteverhältnisse innerhalb der beiden Lager deutlich zugunsten der kleineren Partner verschoben. *Viertens* hat sie im Verhältnis der beiden großen Parteien eine strukturelle Asymmetrie zugunsten der Union herbeigeführt. Und *fünftens* hat sie die Erwartung widerlegt, dass kleine Zweierkoalitionen in einem Fünfparteiensystem keine Mehrheiten mehr erreichen können.

Von 1990 bis 2002 waren die gesamtdeutschen Ergebnisse der vormaligen PDS noch so bescheiden geblieben, dass es für die Bildung solcher Zweierkoalitionen bei allen Wahlen reichte. Mit der Bundestagswahl 2005 änderte sich dies auf dramatische Weise. Die Gründung einer linken Wahlalternative im Westen aus Protest gegen die von der rotgrünen Bundesregierung eingeleiteten Sozialreformen und deren Wahlbündnis mit der PDS ermöglichte den Postkommunisten eine Verbreitung ihrer Wählerbasis in die Altbundesländer, wo sie bis dahin gänzlich erfolglos gewesen waren.¹ Der Erfolg der Linkspartei.PDS, die ihr Ergebnis von 2002 nahezu verdoppeln konnte, sorgte dafür, dass Union und SPD nach der Bundestagswahl nur die

Option zu bleiben schien, eine große Koalition zu schließen. Alle übrigen denkbaren Kombinationen hatten entweder keine Mehrheit bekommen (Schwarzgelb/Rotgrün) oder waren von mindestens einem der potentiellen Partner vorab klar ausgeschlossen worden (Ampel-, „Jamaika“- und Linkskoalition).²

Die koalitionspolitischen Konsequenzen des 2005 entstandenen Fünfparteiensystems stellten sich im Bund anders dar als in den Ländern und in den ostdeutschen Ländern wiederum anders als in den westdeutschen. In Ostdeutschland hatte die Stärke der PDS schon ab 1994 dazu geführt, dass diese mittelbar in die Regierungsverantwortung eingebunden wurde (in Sachsen-Anhalt). Förmliche Koalitionen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin folgten. Gleichzeitig sorgte die relative Schwäche von FDP und Bündnis 90/Die Grünen in Verbindung mit der strukturellen Hegemonie des linken Lagers dafür, dass das Standardmodell der „kleinen Koalition“ die Ausnahme blieb und – von einem Fall³ abgesehen – auch keine lagerübergreifenden Dreierkoalitionen gebildet werden konnten oder mussten.⁴

In den alten Bundesländern entsprach die Regierungsbildung demgegenüber bis zum Auftreten der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit (WASG) weitgehend dem durch die bipolare Vierparteienstruktur vorgegebenen Muster mit Schwarzgelb und Rotgrün als koalitionspolitischen Antipoden. Auch nach Etablierung der gesamtdeutschen Linken sollten deren westliche Ableger so schwach bleiben, dass kleine Zweierkoalitionen oder sogar Alleinregierungen nach dem vertrauten Modell möglich waren (so in

¹ Zur Entstehungsgeschichte der WASG vgl. Oliver Nachtwey, Im Westen was Neues. Die Entstehung der Wahlalternative Arbeit & Soziale Gerechtigkeit, in: Tim Spier u. a. (Hrsg.), Die Linkspartei, Wiesbaden 2007, S. 155–184.

² Vgl. Frank Decker, Die Zäsur. Konsequenzen der Bundestagswahl 2005 für die Entwicklung des deutschen Parteiensystems, in: Berliner Republik, 7 (2005) 5, S. 66–71.

³ In Brandenburg amtierte von 1990 bis 1994 eine Ampelkoalition aus SPD, FDP und Bündnis 90. Diese wurde wie die von 1991 bis 1995 bestehende Ampel in Bremen noch vor Ablauf der Wahlperiode beendet.

⁴ Vgl. Frank Decker, Veränderte Landschaft. Parteipolitik zwischen Lagerdenken und neuen Koalitionen, in: Mut. Forum für Kultur, Politik und Geschichte, Nr. 490 (Juni 2008), S. 10–19.

Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern und – im zweiten Anlauf – Hessen). In keinem einzigen Fall musste nach den Landtagswahlen eine große Koalition gebildet werden.

Für sich genommen hätte die von der Situation auf Bundesebene abweichende Entwicklung in den Ländern vermutlich kein großes Problem dargestellt. In der Bundesrepublik war es bis dahin aber stets so gewesen, dass neue Koalitionsformate im Bund über die Länderpolitik angebahnt wurden.¹⁵ Bestand in den Ländern keine Notwendigkeit, lagerübergreifende Dreierkoalitionen zu bilden, hätte eine entsprechende Koalition auf Bundesebene ohne vorherigen Probelauf auskommen müssen. Vor diesem Hintergrund war es kein Wunder, dass die Bemühungen der Parteien um eine Flexibilisierung ihres Koalitionsverhaltens nach 2005 nur schleppend vorankamen. Besonders schwierig gestaltete sich das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Linkspartei.¹⁶ Die SPD hatte sich zwar in Ostdeutschland zur Zusammenarbeit mit den Postkommunisten durchgerungen; die historischen und personellen Unverträglichkeiten machten eine Übertragung dieses Modells auf die Altbundesländer aber unmöglich – immerhin stand der Fusion von PDS und WASG ein ehemaliger SPD-Vorsitzender vor, Oskar Lafontaine.

Im ersten halben Jahr nach Bildung der großen Koalition hatte es den Anschein, als ob der Durchbruch der Partei Die Linke in den westlichen Bundesländern zu stoppen sein würde. Erst die Bürgerschaftswahl in Bremen (Mai 2007) und die Landtagswahlen in Hessen, Niedersachsen und Hamburg (Januar/Februar 2008) kehrten den Trend um. Die SPD sah sich zu einem Strategiewechsel gegenüber der erstarkenden Konkurrenz gezwungen, der freilich wenig professionell betrieben wurde. Dass die koalitionspolitische Öffnung zur Linken in Hessen gegen ein aus-

drückliches Wahlversprechen erfolgte, führte zum massiven Vertrauensverlust bei den Wählerinnen und Wählern. Die innerparteiliche Zerreißprobe sollte nicht nur Andrea Ypsilanti zum Verhängnis werden, sondern am Ende auch den Bundesvorsitzenden Kurt Beck das Amt kosten.

Der Tabubruch in Hessen öffnete den Weg für Koalitionen mit der Linkspartei auch im Westen, der von der SPD bei der Landtagswahl im Saarland, die vier Wochen vor der Bundestagswahl stattfand, erstmals offensiv genutzt wurde (wenn auch am Ende ohne Erfolg). Weil die Partei ein Zusammengehen auf Bundesebene dagegen weiterhin kategorisch ausschloss, hätte sie nur in einer Ampelkoalition mit den Bündnisgrünen und der FDP einen Regierungswechsel herbeiführen können. Die seit 1982 koalitionspolitisch fest an die Union gebundenen Liberalen machten dem einen Strich durch die Rechnung, indem sie kurz vor der Wahl einer solchen Kombination eine definitive Absage erteilten. Umgekehrt waren auch die Grünen nicht bereit, sich als möglicher Mehrheitsbeschaffer für eine „bürgerliche“ Koalition von Union und FDP zur Verfügung zu halten. Die Konstellation unterschied sich also kaum von der des Jahres 2005:¹⁷ Sämtliche Dreierkoalitionen wurden von mindestens einem der beteiligten Partner verworfen, sodass am Ende nur zwei Alternativen übrig blieben: eine schwarzgelbe Mehrheit oder die Fortsetzung der bestehenden großen Koalition.

Koalitionspolitische Implikationen

Der klare Wahlsieg von Union und FDP hat gezeigt, dass Mehrheiten für kleine Zweierkoalitionen auf der Bundesebene durchaus noch möglich sind – allerdings nur für das „bürgerliche“ Lager.¹⁸ Lagen die drei linken Parteien 2005 mit 51,0 Prozent noch deutlich vor Union und FDP, die zusammen 45,1 Prozent erhielten,

¹⁵ Zur Koalitionspolitik in den Ländern vgl. die Beiträge in: Uwe Jun/Melanie Haas/Oskar Niedermayer (Hrsg.), Parteien und Parteiensysteme in den deutschen Ländern, Wiesbaden 2008.

¹⁶ Vgl. Eckhard Jesse, Die koalitionspolitische Haltung der SPD gegenüber der SED, der PDS, der Linkspartei und der Linken, in: Antonius Liedhegener/Torsten Oppelland (Hrsg.), Parteiendemokratie in der Bewährung. Festschrift für Karl Schmitt, Baden-Baden 2009, S. 243–256.

¹⁷ Der einzige erkennbare Unterschied lag darin, dass sich die Grünen für eine Zweierkoalition mit der Union geöffnet hatten. Dass der Wahlausgang den Weg für ein solches Bündnis freimachen würde, war allerdings von vornherein unwahrscheinlich. Dazu hätten die Grünen stärker sein müssen als die FDP, und die Unionsparteien hätten eine gemeinsame Mehrheit mit den Liberalen verfehlen müssen.

¹⁸ Da die CSU im Koalitionsausschuss selbständig vertreten ist und bei allen unionsinternen Entscheidungen ein Vetorecht besitzt, handelt es sich auch hier faktisch um eine Koalition aus drei Parteien.

so kehrte sich das Verhältnis 2009 zugunsten der bürgerlichen Parteien um: 48,4 Prozent für Union und FDP, 45,6 Prozent für die drei linken Parteien. Die beiden Seiten liegen also durchaus knapp beieinander.¹⁹ Eine relativ geringe Zahl von Rückkehrern und Nichtwählern aus dem bürgerlichen Lager reicht daher schon aus, um eine erneute Umkehrung der Mehrheitsverhältnisse zu bewirken.

Zu den dramatischen Ergebnissen der Bundestagswahl 2009 gehört die Kräfteverschiebung zwischen den großen und kleinen Parteien innerhalb der beiden Lager. Union und SPD kommen zusammengenommen auf nur noch 56,8 Prozent der Stimmen (gegenüber 69,4 Prozent 2005), was einen historischen Tiefstand markiert. (Bei der ersten Bundestagswahl 1949 betrug ihr gemeinsamer Anteil 60,2 Prozent.) Noch eindrucksvoller sind die Zahlen, wenn man sie auf die Gesamtwählerschaft bezieht: Aufgrund der stark gesunkenen Wahlbeteiligung (von 77,7 auf 70,8 Prozent) können die Volksparteien danach zusammen gerade noch 40 Prozent der Wähler auf sich vereinigen. In der Hochzeit der Stabilität des Zweieinhalbparteiensystems – Anfang bis Mitte der 1970er Jahre – lag dieser Wert mit 80 Prozent doppelt so hoch.

Ab welchem Stimmenanteil hört eine Volkspartei auf, Volkspartei zu sein? Kommentatoren haben diese Frage – hämisch oder ernsthaft besorgt – vor allem mit Blick auf die SPD gestellt, die am 27. September mit 23,0 Prozent ihr mit Abstand schlechtestes Ergebnis bei einer Bundestagswahl hinnehmen musste, während die Union ihren bisherigen Tiefstwert von 1949 (31,0 Prozent) noch knapp überbot (33,8 Prozent). So wichtig es ist, die längerfristigen Ursachen der rückläufigen Wählerunterstützung im Auge zu behalten, so richtig ist es auch, dass der Hauptgrund für das starke Absinken der Großen bei der Bundestagswahl in der Regierungskonstellation zu suchen ist, die Union und SPD 2005 unfreiwillig zusammengeführt hatte. Einerseits wirkte sich der natürliche Oppositionseffekt großer Koalitionen aus, andererseits wurde der Anreiz, die Kleinen zu unterstützen, bei dieser Wahl durch die Koalitionspräferenzen

und -optionen der Regierungsparteien zusätzlich verstärkt. Während Unionswähler, die sicher gehen wollten, dass ihre Stimme nicht erneut in eine große Koalition münden würde, in die Arme der FDP getrieben wurden, fehlte es der SPD überhaupt an einer Machtperspektive. Daher konnte sie ihre Kampagne am Ende nur noch auf das Ziel abstellen, eine schwarzgelbe Koalition zu verhindern.

Die koalitionspolitische Öffnung der SPD gegenüber der Linken ist die Antwort auf die hegemoniale Position der Union im neuen Fünfparteiensystem. Auch hier haben wir es mit einer bemerkenswerten Verschiebung zu tun. Bei den drei vorangegangenen Bundestagswahlen lag die SPD mit der CDU/CSU ganz oder nahezu gleichauf bzw. einmal (1998) sogar deutlich vor dieser, was die Wahl- und Parteilforscher veranlasste, von einer strukturellen Symmetrie bzw. fluiden Wettbewerbssituation zwischen den Großparteien zu sprechen.¹⁰ Heute kann von einer solchen Symmetrie nur noch mit Blick auf die beiden Blöcke, nicht jedoch mit Blick auf Union und SPD die Rede sein. Weil die CDU/CSU es nur mit einem, die SPD dagegen mit zwei Konkurrenten im eigenen Lager zu tun hat, muss Letztere fürchten, im Verhältnis der beiden großen Parteien auf längere Sicht in eine Minderheitsposition zu geraten. Der Status als stärkste Partei verschafft der Union einen doppelten machstrategischen Vorteil: Einerseits erhält er ihr im Bund wie in den meisten Ländern die Möglichkeit, kleine Zweierkoalitionen zu bilden, wobei neben der FDP mittlerweile auch die Grünen als Partner in Frage kommen. Und wenn die Mehrheiten dafür nicht reichen, tut sie sich andererseits leichter als die SPD, eine große Koalition einzugehen, in der sie das Amt des Regierungschefs für sich beanspruchen kann. Die SPD scheint dagegen nur noch in Dreierbündnissen mehrheitsfähig, die sie entweder mit Linken und Grünen oder – lagerübergreifend – mit FDP und Grünen schließen müsste.

Weil beide Optionen bei der Bundestagswahl nicht zur Verfügung standen, hatten die Sozialdemokraten gegenüber Union und FDP einen gravierenden Wettbewerbsnachteil. Allein damit lässt sich die Abwanderung von SPD-

¹⁹ Dies lässt sich auch am Überraschungsergebnis der Piratenpartei ablesen, deren 2,0 Stimmenprozente primär zu Lasten der linken Parteien gegangen sein dürften.

¹⁰ Vgl. Oskar Niedermayer, Das fluide Fünfparteiensystem nach der Bundestagswahl 2005, in: ders. (Hrsg.), Die Parteien nach der Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2008, S. 16.

Wählern zur bürgerlichen Konkurrenz natürlich nicht erklären. Sie ist auch das Ergebnis einer geschickten Neupositionierung der Merkel-CDU, die aus ihren haarsträubenden Wahlkampfgehlern 2005 die Konsequenz gezogen hatte, der SPD diesmal keine Angriffsflächen zu bieten. Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die ihr gewissermaßen aufgezwungene Koalition, um die Union von konservativem und neoliberalen Ballast zu befreien.¹¹ Indem sie eine Modernisierung der Familienpolitik durchsetzte und allen radikalreformerischen Ansätzen in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik einen Riegel vorschob, gelang es ihr, sozialdemokratisches Terrain so erfolgreich zu besetzen, dass eine schwarzgelbe Koalition im Wahlkampf nicht als Schreckgespenst taugte. Der Kanzlerbonus der populären Amtsinhaberin tat ein Übriges. Die Unionsstrategie beförderte zwar die Abwanderung vieler Wähler zu den ungeliebten Liberalen. Das Festhalten der FDP an einer „entsozialdemokratisierten“ Agenda, in deren Zentrum die gebetsmühlenhaft verkündete Forderung nach Steuersenkungen stand, sorgte am Ende für eine breite Wählerkoalition, welche die Mehrheit für Schwarzgelb sicherstellte.

Vom Projekt ohne Mehrheit zur Mehrheit ohne Projekt

In der Koalitionsforschung werden zwei Hauptfaktoren der Koalitionsbildung unterschieden: Macht- und Ämterstreben (*office-seeking*) sowie programmatische Positionen (*policy-seeking*).¹² Weil sich empirisch damit nur etwa die Hälfte der Varianz erklären lässt, gilt es weitere Faktoren hinzuzufügen. So können habituelle oder personelle Unverträglichkeiten zwischen den prospektiven Partnern ein Zusammengehen erschweren. Ein eigenständiger Einfluss geht zudem von positiven oder negativen Koalitionsaussagen aus, die vor der Wahl getroffen werden.¹³ Darüber hinaus sind institutionelle und poli-

¹¹ Vgl. Frank Decker, Wo wir sind, ist die Mitte! Zum Standort der CDU im deutschen Parteiensystem, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 55 (2008) 1/2, S. 12–15.

¹² Vgl. Wolfgang C. Müller, Koalitionstheorien, in: Ludger Helms/Uwe Jun (Hrsg.), Politische Theorie und Regierungslehre, Frankfurt/M. 2004, S. 267–301.

¹³ Vgl. Frank Decker, Koalitionsaussagen der Parteien vor Wahlen. Eine Forschungsskizze im Kontext des deutschen Regierungssystems, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 40 (2009) 2, S. 413–435.

tisch-kulturelle Eigenschaften des Regierungssystems zu berücksichtigen.

So wie 2005 war Schwarzgelb auch 2009 die erklärte Wunschkoalition von Union und FDP. Gleichwohl herrschte im Vorfeld der Wahl hinsichtlich der Eindeutigkeit der Koalitionsaussage wechselseitiges Misstrauen. Während die FDP monierte, dass manche in der Union wohl mit einer Fortsetzung der großen Koalition liebäugelten, vermissten CDU und CSU bei den Liberalen eine klare Absage an die Ampelkoalition (die tatsächlich erst kurz vor der Wahl erfolgte). Hintergrund der Auseinandersetzung war auf Seiten der Union die Furcht, massiv Stimmen an die FDP zu verlieren und damit auch in einer schwarzgelben Koalition an Gewicht einzubüßen. Mit der Kritik am „Wunschkoalitionspartner“ taten sich CDU und CSU freilich keinen Gefallen. Insbesondere die CSU erreichte mit ihren Ausfällen das Gegenteil des Erhofften: Ihr Ergebnis war so schwach, dass sie mit bundesweit hochgerechneten 6,5 Prozent am Ende deutlich hinter den Liberalen lag (14,6 Prozent).

Wie 2005 sprachen auch 2009 das Interesse an einer kleinen Koalition, die habituellen und persönlichen Nähen der Partner sowie deren Festlegungen im Vorfeld der Wahl für ein Zusammengehen von Union und FDP. Hinzu kam das Motiv der Kanzlerin, die eigene innerparteiliche Machtposition durch einen Sieg von Schwarzgelb abzusichern. Daher konnte es keinen Zweifel geben, dass Union und FDP tatsächlich regieren würden, wenn das Bundestagswahlergebnis eine Mehrheit für beide Parteien ermöglichte.

Wesentlich gravierender als 2005 stellten sich dagegen die programmatischen und politikinhaltlichen Differenzen zwischen den neuen Koalitionspartnern dar. Dies lag zum einen an der Regierungskonstellation. 2005 hatte die Union den Wahlkampf aus der Opposition heraus betrieben. Nun war sie – im Unterschied zur FDP – selbst Regierungspartei und konnte nicht all das kritisieren oder zur Disposition stellen, was sie zusammen mit der SPD auf den Weg gebracht hatte. Zum anderen hatte die von der damaligen Fast-Niederlage traumatisierte CDU ihre Positionen aus freien Stücken korrigiert. War sie 2005 noch mit einer Agenda der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik in den Wahlkampf gezogen, die sich in punkto Radikalität von jener der FDP nicht sonderlich

unterschied, so wollte sie jetzt von einschneidenden Strukturreformen nichts mehr wissen und die in der großen Koalition begonnene Politik am liebsten fortsetzen. Tatsächlich waren die programmatischen Übereinstimmungen der Union mit der SPD nach vier Jahren gemeinsamer Regierung in vielen Politikfeldern größer als mit dem Wunschpartner FDP.

Entsprechend mühsam gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen, worüber auch deren vergleichsweise kurze Dauer nicht hinwegtäuschen kann. Mit der Atompolitik gab es hier im Grunde nur einen bedeutsamen Bereich, in dem Union und FDP eine Kursänderung – für eine Verlängerung der Restlaufzeiten – einvernehmlich beschlossen (was in der großen Koalition aufgrund des Widerstandes der SPD nicht möglich gewesen war). In anderen Bereichen wie der Innen- und Rechtspolitik oder beim Wehrdienst, wo die Positionen weit auseinanderklafften, verständigten sich die Koalitionspartner auf mehr oder weniger tragfähige Kompromisse, mit denen beide Seiten leben konnten. Als Stolpersteine sollten sich dagegen die Themen entpuppen, die den Wahlkampf dominiert hatten und die insbesondere von der FDP mit weitreichenden Ankündigungen und Versprechungen verknüpft worden waren: die Steuerpolitik, der Arbeitsmarkt und das Gesundheitswesen.

In der Arbeitsmarktpolitik vereinbarten Union und FDP eine Erhöhung des Schonvermögens für Hartz IV-Empfänger, die freilich eher von symbolischer als substanzieller Bedeutung ist, indem sie beiden Parteien Gelegenheit gibt, dem Vorwurf der sozialen Kälte entgegenzutreten. Ansonsten konnte sich die FDP mit ihren Forderungen nach einer Lockerung des Kündigungsschutzes und einer Reform der Arbeitsagenturen gegen die Unionsparteien nicht durchsetzen, die sich schon im Wahlkampf darauf verpflichtet hatten, hier keine Änderung vorzunehmen. Dafür musste die Union den Liberalen in der Steuer- und Gesundheitspolitik weiter entgegenkommen, als es vielen in der Partei aus Sorge um die ausufernden Staatsschulden recht war.¹⁴ Gerade in diesen Bereichen bleiben die Formulierungen im Koaliti-

onsvertrag aber unscharf und offen für Interpretationen, was für den Verlauf der Legislaturperiode harte Auseinandersetzungen erwarten lässt.¹⁵ So wurden etwa die Ausarbeitung der Gesundheitsreform einer Kommission übertragen, der genaue Zeitpunkt der versprochenen Steuerentlastungen offen gelassen und alle im Koalitionsvertrag vereinbarten Ausgaben und Mindereinnahmen unter generellen Finanzierungsvorbehalt gestellt. Zudem muss die Regierung mit dem Widerstand ihrer eigenen, der Union angehörenden Ministerpräsidenten im Bundesrat rechnen, wenn die Länder einen wesentlichen Teil der Steuerausfälle zu verkraften haben werden, die von der Koalition geplant sind. Unter diesen Bedingungen dürfte das Regieren für die Kanzlerin in den nächsten vier Jahren eher schwieriger werden als in der zu Ende gegangenen großen Koalition.

Die Verteilung der Ministerposten verlief im Unterschied zu den inhaltlichen Verhandlungen weitgehend problemlos. Strukturelle Veränderungen in der Zahl und im Zuschnitt der Ressorts gab es nicht. Auch folgte die Verteilung dem aus früheren kleinen Koalitionen bekannten Muster, wonach die inhaltlich verwandten Ressorts Auswärtiges und Verteidigung, Innen und Justiz sowie Finanzen und Wirtschaft zwischen dem großen und kleinen Koalitionspartner aufgeteilt werden. Gemessen an ihrer Mandatsstärke wurde die FDP in der Regierung leicht, die CSU stark überproportional berücksichtigt.

Ausblick

Wie wird sich das Parteiensystem der Bundesrepublik weiterentwickeln? Nach der Zäsur der Bundestagswahl 2005 waren die Mehrzahl der journalistischen und wissenschaftlichen Beobachter davon ausgegangen, dass die Ära des klassischen Volksparteien-Dualismus, die das Standardmodell der kleinen Zweierkoalition begründet hatte, unwiderruflich ans Ende gelangt sei. Zwei Zukunftsszenarien – ein negatives und ein positives – wurden entworfen. Entweder – so hieß es – komme es wie in Österreich zu einer Perpetuierung der großen Koalition,

¹⁴ In den Koalitionsverhandlungen war erwogen worden, die zur Finanzierung der Steuersenkungen zusätzlich notwendigen Kredite in einem Schatten- oder Nebenhaushalt zu verstecken. Nach massiver öf-

fentlicher Kritik mussten die Koalitionäre von diesem Vorhaben lassen.

¹⁵ Vgl. Weiterwursteln im Merkelland, in: Der Spiegel Nr. 44 vom 26. 10. 2009, S. 24–38.

oder eine multiple Koalitionslandschaft wie in den skandinavischen Ländern werde entstehen, in der lagerübergreifende Dreierbündnisse das Bild prägen.¹⁶

Beide Szenarien haben sich bisher nicht bewährt. Die koalitionspolitische Öffnung der Grünen hat zwar zur Bildung des ersten schwarzgrünen Bündnisses auf Landesebene geführt (in Hamburg). Der Option „Jamaika“ musste sich die Grünen-Führung vor der Bundestagswahl auf Druck ihrer Basis dann aber doch verschließen – erst nach der Wahl wurde sie im Saarland erstmals Wirklichkeit. Hermetisch bleibt die Abschottung der FDP gegen ein Ampelbündnis mit SPD und Grünen, die von den Liberalen auch in den Ländern bisher konsequent durchgehalten worden ist.

Vor dem Hintergrund der nicht zustande gekommenen Dreierbündnisse ist es erstaunlich, dass die große Koalition als alternatives Regierungsmodell zuletzt ebenfalls an Attraktivität eingebüßt hat. Wurden bis zu den Landtagswahlen im August und September 2009 fünf Länder von CDU und SPD gemeinsam regiert, so sind es zurzeit nur noch drei (nachdem in Brandenburg ein rotes und Thüringen ein schwarzrotes Bündnis zustande gekommen ist). Rechnet man Schwarzgrün in Hamburg und „Jamaika“ im Saarland hinzu, gibt es auf Länderebene fünf lagerübergreifende Bündnisse, denen zehn bürgerliche oder linke Koalitionen nach klassischem Muster gegenüberstehen. (Das Land Rheinland-Pfalz bleibt mit seiner SPD-Alleinregierung ein Exot.) Es scheint also ganz so auszusehen, als ob die Zeichen auf Rückkehr zum dualistischen Modell stehen. Gelingt es Rotgrün und der Linken, ihre wechselseitige Abneigung zu überwinden, dann könnten sich in der Bundesrepublik demnächst wieder zwei annähernd gleichstarke, koalitionspolitisch abgrenzbare Formationen begegnen, die um die Regierungsmacht streiten. Die Situation wäre damit ähnlich wie in den 1980er Jahren, nur dass sich das linke Lager jetzt aus drei statt aus zwei Teilen zusammensetzt.

¹⁶ Für eine Bewertung der Szenarien vgl. Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, Vom Zweieinhalb- zum Fünf-Parteiensystem: neue Bündnisse oder alte Lager?, in: A. Liedhegener/T. Oppelland (Anm. 6), S. 264 ff.

Gegen ein solches Szenario spricht die Ungewissheit, wie sich das Verhältnis von SPD, Grünen und Linken entwickeln wird. Erstens ist das Interesse an einer gemeinsamen Machtperspektive noch kein Garant dafür, dass sich personelle und programmatische Differenzen überwinden lassen. Und zweitens führen die unterschiedlichen Koalitionsmöglichkeiten der beteiligten Partner dazu, dass ihre strategischen Interessen nicht deckungsgleich sind. Einer vollständigen Vereinnahmung im linken Lager dürften sich insbesondere die Grünen widersetzen. Denn hält sich die Öko-Partei den Weg frei, gegebenenfalls auch mit den bürgerlichen Parteien zu paktieren, könnte sie demnächst eine ähnliche Zünglein-an-der-Waage-Rolle im Parteiensystem einnehmen wie früher die FDP!¹⁷ Warum sollte sie auf diesen Vorteil verzichten? Bei den Wahlen in Schleswig-Holstein (September 2009) und im Saarland (August 2009) hat das Offenhalten der Koalitionsfrage den Grünen nicht geschadet. Das Problem liegt wohl eher bei der Parteibasis, die sowohl im Verhältnis zur Wählerschaft als auch im Verhältnis zur Parteispitze deutlicher nach links tendiert. Die klare Parteitagsmehrheit für „Jamaika“ im Saarland zeigt aber, dass sich Delegierte wie Mitglieder vom Schwenk ins „bürgerliche“ Lager durchaus überzeugen lassen, wenn er von der Führung gut vorbereitet und begründet wird.

Eine vollständige Bipolarisierung wird und kann es wohl allein schon aufgrund der föderalen Verfassung der Bundesrepublik nicht geben. Dass sich Landespolitiker der Koalitionsräsone ihrer Bundesparteien bisweilen entziehen, gehört zu den Usancen der Koalitionspolitik. Der gescheiterte Versuch der hessischen SPD, ein von der Linken geduldetes rotgrünes Bündnis zustande zu bringen, oder die mühsame Regierungsbildung in Thüringen, wo der freiwillige Verzicht des Linken-Spitzenkandidaten auf das Ministerpräsidentenamt genauso großen Unmut in der eigenen Partei erzeugt hat wie die Entscheidung des SPD-Landesvorstandes, statt mit der Linken lieber eine Koalition mit der CDU einzugehen, stehen hier pars pro toto. Wenn Parteien, die auf Bundesebene gegeneinander stehen, in den Ländern miteinander regieren, stößt das antagonistische Modell notgedrungen an

¹⁷ Vgl. Christian Lorenz, Schwarz-Grün auf Bundesebene?, in: APuZ, (2007) 35–36, S. 33–40.

Grenzen. Das Gegenüber zweier klar unterscheidbarer Blöcke mag zwar unter Demokratiegesichtspunkten vorzugswürdig sein, indem es dem Wähler eine ebenso klare Entscheidung ermöglicht. Fraglich ist aber, ob es die faktischen Entscheidungsnotwendigkeiten und -alternativen im komplizierten Regierungsgeschehen noch hinreichend abbildet.¹⁸

Hinzu kommt der aus vergangenen Legislaturperioden hinlänglich bekannte Oppositionseffekt der Landtagswahlen, der dazu führt, dass es die Bundesregierungen über kurz oder lang mit einem vom gegnerischen Lager dominierten Bundesrat zu tun haben.¹⁹ Nicht von ungefähr haben Union und FDP die großen Entscheidungen der Steuer- und Gesundheitspolitik auf die Zeit nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen (im Mai 2010) vertagt, bei der sie ihre knappe Mehrheit in der Länderkammer verlieren könnten. Union und FDP wären dann in allen wichtigen Fragen auf die Zustimmung einer oder mehrerer Oppositionsparteien angewiesen.

Stellt man diese Notwendigkeiten in Rechnung, dann ist die Zeit der lagerübergreifenden Bündnisse in der deutschen Politik nicht vorüber. Gewiss ist ein Modell multipler Koalitionen anspruchsvoller als das bisherige Verharren im Lagerdenken, würde es doch eine grundlegende Veränderung im Verhalten von Parteien und Wählern erfordern.

Frühestens die 2010 und 2011 stattfindenden Landtagswahlen werden Aufschluss darüber geben, ob der sich jetzt abzeichnende Rückweg zum Bipolarismus tatsächlich das künftige Modell des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik markiert. Für das Land wäre es ein schlechtes Omen.

¹⁸ Joachim Raschke, Spielt jetzt mit den Schmuttelkindern, in: Süddeutsche Zeitung vom 16. 9. 2009, S. 2.

¹⁹ Vgl. Frank Decker, Höhere Volatilität bei Landtagswahlen? Die Bedeutung bundespolitischer „Zwischenwahlen“, in: Eckhard Jesse/Roland Sturm (Hrsg.), Bilanz der Bundestagswahl 2005, München 2006, S. 259–279.

Axel Murswieck

Angela Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin

Angela Merkel gilt als Außenseiterin auf ihrem Weg zur Regierungsmacht. Das bezieht sich insbesondere auch auf die von ihr entwickelten Führungsqualitäten in der Partei, in der Regierung und im Wahlkampf. Die Leadership-Forschung hat bislang die Frage nach den Voraussetzungen politischer Führung als Parteivorsitzender, als Kanzlerkandidat und als Bundeskanzler weitgehend getrennt behandelt.¹ Im Folgenden soll ein Vergleich der Führungsqualitäten und der Führungspraxis von Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin im Wahlkampf vorgenommen werden. Welche Unterschiede und welche Ähnlichkeiten bei der Wahrnehmung des Leadership-Mandats in beiden po-

Axel Murswieck

Dr. Soz. Wiss., Dipl.-Pol. habil., geb. 1945; Professor und stellvertretender Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg. axel.murswieck@urz.uni-heidelberg.de

Für die redaktionelle Mitarbeit ist Sebastian Gräfe vom Institut für Politische Wissenschaft Heidelberg zu danken.

¹ Vgl. Frank Brettschneider, Spitzenkandidaten und Wahlerfolg. Personalisierung – Kompetenz – Parteien, Wiesbaden 2002; Daniela Forkmann/Saskia Richter (Hrsg.), Gescheiterte Kanzlerkandidaten. Von Kurt Schumacher bis Edmund Stoiber, Wiesbaden 2007; Daniela Forkmann/Michael Schlieben (Hrsg.), Die Parteivorsitzenden in der Bundesrepublik Deutschland. 1949–2005, Wiesbaden 2005; Axel Murswieck, Von Schröder zu Merkel – eine Frage des (Regierungs-) Stils? Zu den Machtressourcen der Bundeskanzlerin in einer Großen Koalition, in: Jens Tenscher/Helge Batt (Hrsg.), 100 Tage Schonfrist. Bundespolitik und Landtagswahlen im Schatten der Großen Koalition, Wiesbaden 2008, S. 199–214.

Tabelle: Dimensionen politischer Führung unter Kanzlerin Angela Merkel in Regierung und Wahlkampf

Dimension „Person“	Charakter	persönliche Fähigkeiten	politische Fähigkeiten
Dimension „regierungsinstitutioneller Kontext“	Kanzleramt	Berater	informelle Gremien
Dimension „institutioneller Kontext“	Medien	Außenpolitik	Partei/Fraktion
Dimension „historisch-politischer Kontext“	Wahlen	politische Ereignisse	Problemdruck

Die Auswahl der personenbezogenen und institutionellen Dimensionen orientiert sich an den Besonderheiten des deutschen Regierungssystems und will auf die besondere Gewichtung der Inanspruchnahme durch die Kanzlerin aufmerksam machen. Die tief unterlegten Merkmale beziehen sich auf die unmittelbare Inanspruchnahme von Führungsressourcen sowohl in der Regierung als auch im Wahlkampf. Die heller markierten wirkten nur teilweise und mittelbar im Wahlkampf.

Quelle: A. Murswieck (wie Text-Anm. 2).

litischen Arenen lassen sich beobachten? Gibt es unterschiedliche Führungsstile, und wenn ja, auf welche Bedingungen sind diese zurückzuführen?

Der Versuch, den politischen Führungsstil von Merkel in der großen Koalition und im Wahlkampf zu beschreiben, erfolgt anhand ausgewählter Dimensionen von Leadership, wie sie vom Verfasser in einer funktionalen Systematik vorgestellt wurde.¹² Herangezogen werden Faktoren der Dimensionen „Person“, „regierungsinstitutioneller Kontext“, „institutioneller Kontext“ und „historisch-politischer Kontext“ (vgl. die *Tabelle*).

Außenseiterin im Kanzleramt

Die Etikettierung Merkels als Außenseiterin bezieht sich auf ihre Person (mit den zugeschriebenen Attributen „rätselhaft“; „Sphinx“; „unpersönlich“; „misstrauisch“), auf ihre Herkunft (ostdeutsche Frau), auf die fehlenden politischen Erfahrungen in Partei, Parlament und Regierung sowie auf ihren politischen, bis zur Kanzlerkandidatur 2005 scheinbar durch Zufälle und Ereignisse bestimmten politischen

¹² Vgl. Axel Murswieck, *Regierungsstile und Kanzlerdemokratie*, in: Werner Jann/Klaus König (Hrsg.), *Regieren zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, Tübingen 2008, S. 175–203.

Karriereweg.¹³ Nach den Kriterien von Anthony King erfüllt sie, neben vielen ähnlichen Charaktereigenschaften (ehrgeizig, misstrauisch), wie Margaret Thatcher die Zuordnung als soziale (Herkunft) und taktische Außenseiterin (Umgehung oder Nichtbeachtung von Konventionen oder Insiderregeln etwa in der Partei), nicht aber die Einordnung als psychologische Außenseiterin im Sinne von Thatcher, bewusst und gewollt als Outsider Politik zu machen.¹⁴

Diese Rolle als Außenseiterin zwang sie dazu und erlaubte es ihr, auf der Grundlage persönlicher Fähigkeiten (Intellekt, Analytikerin, hohe kognitive Kompetenz, Machtinstinkt) auf ihre Person zugeschnittene politische Fähigkeiten zu entwickeln. Merkel entwickelte eine sehr personenbezogene Strategie der Anpassung an neue Situationen, Aufgaben und Ämter. So gelang es ihr, 1991 die Amtszeit als Ministerin für Frauen und Jugend als Lehrjahre zum Kennenlernen administrativer Strukturen und von Mechanismen politischer Entscheidungsprozesse zu nutzen. Hier entwickelte sie ihre Personalkompetenz: Personalpolitik als Machtressource.¹⁵

Diese auf Anpassung und beobachtendes Lernen ausgerichtete Führungsstrategie bestimmte ihren Aufstieg in der Partei, vor allem beim Übergangsprozess des Führungswechsels in der CDU von 1998 bis 2000. Ihr gelang es, als unkonventionelle Außenseiterin ohne starke Beziehung zum Christdemokratischen der Partei ihren Führungsanspruch durchzusetzen.¹⁶ Sie schaffte es, trotz immer wieder aufkommender Kritik an ihren Führungsfähigkeiten, in der Rolle als Parteimanagerin einen Führungsstil zu finden, welcher

¹³ Zu diesen drei Aspekten vgl. u. a. Gerd Langguth, Kohl, Schröder, Merkel. *Machtmenschen*, München 2009, Kap. 4; Sybille Klormann/Britta Udelhoven, *Der Imagewandel von Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Angela Merkel. Vom Kanzlerkandidaten zum Kanzler – ein Schauspiel in zwei Akten*. CAP Working Paper, München, Februar 2008; Mai-Brith Schartau, Angela Merkel. *A Chancellor against the Odds*, ECPR-Paper, September 2007.

¹⁴ Vgl. Anthony King, *The Outsider as Political Leader: The Case of Margaret Thatcher*, in: Larry Berman (ed.), *The Art of Political Leadership*, Oxford 2006, S. 236–257.

¹⁵ Vgl. G. Langguth (Anm. 3), S. 361 ff.

¹⁶ Vgl. Clay Clemens, *Modernisation or Disorientation? Policy Change in Merkel's CDU*, in: *German Politics*, 18 (2009) 2, S. 121–139.

der Partei entsprach.¹⁷ Vieles, was sie in den kurzen Lehrjahren beim Parteiaufstieg und in den Ministerämtern an politischen Führungsmerkmalen erworben hat, prägte später ihren Führungsstil als Kanzlerin in der großen Koalition.

Selbstüberwachung und stille Moderation

Nach einem Jahr als Kanzlerin führten die Beobachtungen zum Regierungsstil Merkels zur Einschätzung, dass es ihr bisher gelungen sei, eine stille Moderation der Regierungsarbeit in der Koalition zu bewerkstelligen, ohne dabei ihre Machtposition als Maklerin widerstreitender Interessen zu beschädigen. Ausschlaggebend hierfür waren ihre politischen Führungsfähigkeiten im Bereich der Personal- und Organisationskompetenz. Entscheidend für die Sicherung ihres Führungsanspruchs in einer großen Koalition, in der das Kanzlerprinzip (Richtlinienkompetenz und Kabinettsbildungsrecht) geschwächt ist, war es, das Bundeskanzleramt als Machtressource nutzen zu können. Notwendig hierfür ist eine verlässliche und wirksame Gestaltung der Leitungsebene, die Kompetenz und Erfahrung des Chefs des Bundeskanzleramts in Verwaltung und politischem Prozess, das loyale und vertrauliche Verhältnis zwischen Kanzler und Amtsleiter und die Erschließung des Sachverstands des Amtes für die politische Koordination gegenüber den Ressorts und den Koalitionsparteien. Diesen Gestaltungsauftrag bei gegebenem Gestaltungsspielraum muss ein Kanzler und sein Stab, besonders wenn er neu ins Amt kommt, wahrnehmen und ausbauen.

Nach einem Jahr war es ihr gelungen, das Kanzleramt an sich anzupassen. Schneller als bei Gerhard Schröder wurden die Leiter der sechs Abteilungen neu bestellt. Der Tradition des Amtes entsprechend wurden diese Positionen nach Kompetenzkriterien, nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten besetzt. Loyalität und Kompetenz sind gesichert.¹⁸

¹⁷ Vgl. Sarah Elise Wiliarty, Angela Merkel's Path to Power: The Role of Internal Party Dynamics and Leadership, in: German Politics, 17 (2008) 1, S. 81–96.

¹⁸ Vgl. A. Murswieck (Anm. 2), S. 204 ff; Karlheinz Niclaß, Kiesinger und Merkel in der Großen Koalition, in: APuZ, (2008) 16, S. 8.

In diesen beschriebenen Dimensionen blieben die Führungskompetenzen über die Amtszeit erhalten. Weniger erfolgreich – im Sinne einer dauerhaften Konsolidierung – war Merkel im Management informeller Gremien (etwa bei der Gesundheitsreform), bei der Wahrnehmung ihrer Rolle als Parteivorsitzende und dem Koordinationsmanagement gegenüber der Fraktion, gleichwohl sie versuchte, regelmäßig an Fraktionssitzungen teilzunehmen. Immer wieder gab es im Zusammenhang mit reformpolitischen Koordinationsleistungen Zweifel an ihren Führungsfähigkeiten gegenüber Partei und Fraktion.¹⁹ Starke Veränderungen während ihrer ersten Amtszeit ergaben sich beim Imagemanagement als Teil der Dimension persönlicher Fähigkeiten sowie der Nutzung der Machtressourcen Außenpolitik und Medien. In allen Bereichen betrat sie Neuland und zeigte sich erneut als fähig zum *political learning*.¹⁰ Das Imagemanagement reichte von einer neuen Frisur, neuem Make-up und neuer Garderobe bis zur inhaltlichen Profilbildung mit dem Ziel der öffentlichen Wahrnehmung als themenkompetent sowie führungs- und durchsetzungsstark.¹¹

Die Außenpolitik hat als Handlungs- und Machtressource die Regierungsstile aller Bundeskanzler, wenn auch in sehr unterschiedlicher Weise, geprägt. Konrad Adenauer und Willy Brandt gründeten ihre öffentliche und politische Unterstützung weitgehend auf die außenpolitische Komponente. Ihre charismatischen Züge und ihre wenig angreifbare machtpolitische Position im regierungsinternen und -externen Kontext standen in direktem Zusammenhang mit ihrem außenpolitischen Führungsstil. Merkel verfügte weder über Charisma noch, ähnlich wie Schröder, über außenpolitische Erfahrungen. Ihr gelang es indes sehr schnell, außenpolitisches Profil durch souveränes Auftreten bei Gipfeln und Verhandlungen zu gewinnen. Sie nutzte Gipfeldiplomatie bewusst auch als Instrument des Imagemanagements und konnte so ihr

¹⁹ Vgl. Gabor Steingart, Merkels Selbstverrat, in: Spiegel Online (5. 7. 2006), www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,425114,00.html (28. 10. 2009); Matthias Gleis/Bernd Ulrich, Versagt Angela Merkel?, in: Die Zeit vom 5. 2. 2009.

¹⁰ Vgl. Mark R. Thompson/Ludmilla Lennartz, The Making of chancellor Merkel, in: German Politics, 15 (2006) 1, S. 99–110.

¹¹ Vgl. S. Klormann/B. Udelhoven (Anm. 3), Kapitel 4.

Bild als „ehrlche Maklerin“ festigen.¹² Sie verstand Außenpolitik als Prärogative der Kanzlerin. Die Rollen als innenpolitische Moderatorin und außenpolitische Maklerin ergänzten sich.

Die Nutzung der Medien als Machtressource gelang ihr erst zum Ende ihrer ersten Amtszeit, um in ihrer eigenen Art das Bild der unmedialen Kanzlerin abzubauen. Ihre Popularität unterlag Schwankungen. Das Sammeln von Sympathiepunkten war bei Merkel ein längerfristig angelegter Prozess.¹³ Andererseits betreibt sie eine wirksame und gezielte Pressearbeit. Sie gibt regelmäßig Interviews und nutzt im Vergleich zu anderen Kanzlern am intensivsten neue Medien.¹⁴ Beziehungsmanagement und Netzwerkpflge erfolgen häufig durch SMS – Short Message Service (intern auch als „Short Merkel Service“ etikettiert).

Pragmatismus ohne Visionen

Obwohl ihr inzwischen kaum noch Themenkompetenz und die Beherrschung der wichtigsten politischen Führungsfähigkeiten abgesprochen werden, gilt Merkel weiterhin als Kanzlerin ohne politische Philosophie und ohne programmatische Ziele und Strategien: „Es gehörte seit jeher zu Angela Merkels Politikstil, sich vage zu äußern und sich nicht vorschnell festzulegen. Sie konnte Kursänderungen fordern und zugleich ablehnen.“¹⁵ Schon zu Beginn der großen Koalition warb sie für eine „Politik der kleinen Schritte“ und den Verzicht auf radikale Reformideen. Sie blieb konsensorientierte Vermittlerin und Machtstrategin. Ihre große Schwäche bleibt es, dass hinter ihrer Person kaum politische Inhalte zu erkennen sind.¹⁶ Trotz des zeit-

weisen Auftretens als „Klimakanzlerin“ hat sie keine Leidenschaft für besondere Politikfelder.¹⁷ „Die erste Große Koalition 1966–1969 fand in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung statt, die zweite ist ein Projekt der Entspannung.“¹⁸ Merkel hat Willensstärke und Ehrgeiz, aber keine Visionen und daher kein Charisma; sie kann nicht als große Führerin von Veränderungen charakterisiert werden. Sie ist eine pragmatische Führungsperson.¹⁹

Für die Durchsetzung ihres politischen Fhrungsanspruchs stand der Kanzlerin, wie allen Kanzlern vorher, vor allem das Bundeskanzleramt als Machtressource zur Verfügung. Dieses gilt zwar als Strategiezentrale, jedoch nicht in dem Sinne, dass dort inhaltliche und langfristige Regierungsstrategien entworfen werden. Es ist vielmehr vor allem die Schaltstelle der Regierungskoordination. In der großen Koalition, dem Zweckbündnis ohne Vorgaben und Ziel für originäre Projekte der Politikgestaltung, war, so ist zu vermuten, der Koordinationsbedarf besonders hoch.²⁰ Die zentrale Rolle des Kanzleramts lag in der Bereitstellung machtsichernder Koordinationsstrategien. Das entsprach dem pragmatischen Führungsprofil der Kanzlerin, die sich für diese Aufgabe formale und informale Beratungsressourcen schuf, ergänzt durch einen engen Kreis vertrauter Personen.²¹

Merkel kann daher als „Prsidialkanzlerin“ bezeichnet werden,²² die sich aus inhaltlichen Kontroversen weitgehend heraushält, eher die Minister streiten lässt und abwartend und konsensorientiert nach Kompromissen sucht: „Die Kanzlerin kann länger warten und weiterdenken“ als andere.²³ Die Rolle der prsidia-

¹² Vgl. G. Langguth (Anm. 3), S. 434 ff.; Frank Brettschneider/Markus Rettich, 100 Tage Medien-Schonfrist? Regierungen in der Medienberichterstattung nach Bundestagswahlen, in: J. Tenschler/H. Batt (Anm. 1), S. 73–89.

¹³ Vgl. Bernhard Kornelius/Dieter Roth, Regierungswechsel = Stimmungswechsel? Pragmatischer Realismus nach der Bundestagswahl, in: ebd., S. 55–72.

¹⁴ Vgl. G. Langguth (Anm. 3), S. 436 ff.

¹⁵ Günter Bannas, Angela Merkel. Eine Kanzlerin in Krisenzeiten, in: FAZ Online (13. 2. 2009), www.faz.net/s/Rub594835B672714A1DB1A121534F010EE1/Doc~EC4DDAA2F5503419B86AF6FF1B9BF165D~A Tpl~Ecommon~Scontent.html (3. 11. 2009).

¹⁶ Vgl. Grün für Merkel, in: Financial Times Deutschland (FTD) vom 21. 9. 2009, S. 25.

¹⁷ Vgl. G. Langguth (Anm. 3), S. 431.

¹⁸ Matthias Geis, So war’s!, in: Die Zeit Online (19. 9. 2009), www.zeit.de/2009/39/Rueckblick (28. 10. 2009).

¹⁹ Vgl. M.-B. Schartau (Anm. 3), S. 13.

²⁰ Vgl. Manuela Glaab, Politische Führung als strategischer Faktor, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 17 (2007) 2, S. 303–332.

²¹ Vgl. A. Murswiek (Anm. 1), S. 210f.; G. Langguth (Anm. 3), S. 412 ff.

²² Kurt Kister, Schwarz-Gelb: Können die es?, in: SZ Online (24. 10. 2009), www.sueddeutsche.de/politik/795/492156/text/ (28. 10. 2009).

²³ Vgl. Christoph Schwennicke, Merkel und die FDP: Die schwarze Witwe, in: Spiegel Online (20. 10. 2009), www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,656141,00.html (28. 10. 2009).

len Vermittlerin und Moderatorin bestimmte auch ihren Führungsstil im Wahlkampf.

Spielten die beschriebenen Führungseigenschaften der Kanzlerin auch im Wahlkampf eine Rolle? Zu beachten sind die Unterschiede in den Strategien politischer Führung. Anders als bei der *executive*-orientierten Führung stehen bei der wahlkampforientierten Führung primär das *vote seeking* und die Mobilisierung von Gefolgschaft (*followers*) im Mittelpunkt. Im Wahlkampf wird normalerweise Public Leadership, der öffentlichkeitsorientierte Führungsanspruch, zur Stellgröße. Sichtet man die Arbeiten zu den Eigenschaften von Kanzlerkandidaten, dann lassen sich diese in vier Dimensionen zusammenfassen, die auch als Kandidatenimages bezeichnet werden können: Themen- oder Problemlösungskompetenz, Integrität (ehrllich/vertrauenswürdig), Leadership (Führungsstärke/Entscheidungsfreude/Tatkraft/Organisationstalent/Überzeugungskraft) und politische Merkmale (Auftreten/Ausstrahlung/Herkunft).¹²⁴ Das entspricht den in unserer Systematik oben benutzten Dimensionen von Führungsfähigkeiten (Charakter, persönliche und politische Fähigkeiten).¹²⁵

Von der Themenkanzlerin zur Kanzlerin des Ungefähren

Welche Führungsfähigkeiten und welche Führungseigenschaften im Wahlkampf wirkmächtig werden, richtet sich nach der Wahlkampfstrategie. Über diese entscheiden letztendlich die Kanzlerkandidaten, denn Strategie ist Führungsaufgabe.¹²⁶ Bereits im Wahlkampf 2005 bestimmte die Spitzenkandidatin Merkel die Wahlkampfstrategie eines Themenwahlkampfes maßgeblich mit. Merkel wusste, dass sie einen Persönlichkeitswahlkampf mit Schröder kaum bestehen würde, denn im Gegensatz zum Bundeskanzler wurde ihr von den Medien einhellig nur geringe charismatische Wirkung bescheinigt. Es kam zu einem auf Themenkompetenz und Ehrlichkeitsstrategie ausgerichteten Wahlkampf, in den sie mit einem

¹²⁴ Vgl. F. Brettschneider (Anm. 1), S. 139 ff; zur Anwendung der Dimensionen vgl. auch S. Klormann/B. Udelhoven (Anm. 3).

¹²⁵ Vgl. A. Murswiek (Anm. 2), S. 178.

¹²⁶ Vgl. zum Zusammenhang von Führung und Strategie auch Joachim Raschke/Ralf Tils, Politische Strategie. Eine Grundlegung, Wiesbaden 2007, S. 25.

neoliberalen Reformprogramm zog.¹²⁷ Das Wahlergebnis war für Merkel ein Schock: Eine zuvor hoch favorisierte Kandidatin „stolperte nur so gerade eben, an der Spitze einer großen Koalition, ins Kanzleramt“.¹²⁸

Die Wahlkampfstrategie 2009 war das genaue Gegenteil. Person und Persönlichkeit der Kanzlerin sollten im Vordergrund stehen. Merkel entschied sich dafür, mit einem Programm des „Ungefähren“ praktisch programmfrei um die Stimmen zu werben.¹²⁹ Vom „Valium-Wahlkampf“ oder „Wattewahlkampf“ war die Rede.¹³⁰ Zwischenzeitlich aufkommende Kritik aus der eigenen Partei ließ sie, mit Unterstützung der CDU-Führung, an sich abperlen. Der „geräuschlose und inhaltslose Wahlkampf“,¹³¹ „der Wahlkampf ohne Leidenschaft“ wurde fortgeführt.¹³² Die programmatische Debatte in ihrer Partei wurde quasi abgewürgt. Merkel war die populäre Spitzenkandidatin oberhalb und außerhalb der Partei. Sie galt als führungsstark, kompetent, glaubwürdig und sympathisch und übertraf in allen diesen Werten stets ihren Herausforderer, Außenminister Frank-Walter Steinmeier.¹³³ Diesen Vorsprung konnte sie bis zur Wahl halten. Im September 2009 (in Klammern Werte für Steinmeier) meinten immer noch 36 % (7 %) der Befragten, sie sei glaubwürdiger, 45 % (17 %), sie sei sympathischer und 54 % (13 %), sie sei durchsetzungsfähiger. Bei der themenbezogenen Problemlösungskompetenz schnitt sie schlechter ab: Bei „neue Arbeitsplätze schaffen“ erhielt sie 19 % (12 %), bei „Sorge für soziale Gerechtigkeit“ 24 %

¹²⁷ Vgl. Volker Best, Die Strategie der kommunizierten Ehrlichkeit im CDU/CSU-Bundestagswahlkampf 2005, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), 40 (2009) 3, S. 581f und S. 589f.

¹²⁸ FTD (Anm. 16).

¹²⁹ Vgl. Robert Birnbaum, Merkels gewagtes Experiment, in: Die Zeit Online (29. 6. 2009), www.zeit.de/online/2009/27/union-wahlkampf-merkel?keepThis=true&TB_iframe=true&height=650&width=850 (2. 11. 2009).

¹³⁰ Vgl. CSU-Spitze murt wegen Merkels Valium-Wahlkampf, in: Der Spiegel Online (16. 9. 2009), www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,649279,00.html (2. 11. 2009); FTD (Anm. 16).

¹³¹ Claudia Kade, Wahlkampf perlt an Merkel ab, in: FTD vom 1. 9. 2009.

¹³² Renate Köcher, Wahlkampf ohne Leidenschaft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 9. 9. 2009, S. 5.

¹³³ Vgl. Infratest dimap, ARD-Deutschland Trend vom Juni 2009, S. 5, online: www.infratest-dimap.de/uploads/media/dt0906_bericht.pdf (2. 11. 2009).

(27 %) und bei „wirtschaftlicher Problemlösungsfähigkeit“ 30 % (9 %).¹³⁴

Der ganz auf ihre Persönlichkeit ausgerichtete Wahlkampf erlaubte es Merkel, sich fast ausschließlich auf ihre vorhandenen und erlernten persönlichen und politischen Führungsfähigkeiten zu stützen: „Das Abwartende, Tastende, Moderierende, das Merkels Kanzlerschaft bisher prägte, wurde nicht von den besonderen Bedingungen der Großen Koalition erzwungen. Es gehört zu Merkels Wesenskern.“¹³⁵ Sie brauchte sich daher nicht zu verändern. Lediglich, auch hier hat sie aus 2005 gelernt, feilte sie an ihrem persönlichen Image. Diesmal machte sie Public Relations in eigener Sache; keine Sachfragen, keine komplizierten Details: „Merkel als Mensch, Merkel zum Anfassen.“¹³⁶

Das Wahlergebnis ist bekannt. Merkel ist mit ihrem System der Selbstüberwachung und der Machtabsicherung das Kunststück gelungen, trotz einer erneuten Niederlage für ihre Partei die Koalition zu wechseln und im Amt zu bleiben. Nicht der Kanzlerbonus oder die Partei, sondern ihr Führungsstil war am Ende für den Machterhalt ausschlaggebend. Es ist nicht zu bestreiten, dass die Kanzlerin von ihren positiven Bewertungen profitiert hat, aber in welchem Ausmaß dadurch Vertrauensverluste ihrer Partei kompensiert wurden, ist unklar. Ein Befund einschlägiger Untersuchungen lautet, dass die Stärke des Kanzlerbonus beträchtlich variieren kann.¹³⁷

Nach der ersten ungeplanten Bewerbung von 2005 ist auch das zweite Experiment, einen Wahlkampf zu gewinnen, ohne ihn zu führen, gelungen. Die Annahme, dass Wähler die Parteien und die Kandidaten im Ver-

bund wahrnehmen, hat sich 2009 nicht bestätigt, denn sonst hätte die große Popularität Merkels zu einem besseren Abschieden der CDU führen müssen. Aber auch die umgekehrte Schlussfolgerung wäre möglich, nämlich dass Persönliches in Deutschland nur eine Nebenrolle spielt:¹³⁸ „Es ist prinzipiell in Deutschland nicht möglich, nur auf Personen zu setzen.“¹³⁹ Zu erwähnen bleibt, dass auch Kanzlerkandidat Steinmeier weder vom Amtsbonus als Außenminister noch vom Führungsbonus als Parteivorsitzender ohne Hausmacht profitieren konnte. Der außenpolitische Repräsentationsbonus wurde erfolgreich von der Kanzlerin besetzt. Steinmeier haftete dagegen das Image des ehrlichen und effizienten Administrators an.

Merkel II – Die entfesselte Kanzlerin?

„Angela Merkel ist jetzt so mächtig wie Helmut Kohl zu Beginn der neunziger Jahre. Sie regiert in einer schwarz-gelben Koalition mit komfortabler Mehrheit, der Bundesrat harmonisiert farblich. Innerparteiliche Gegner sind kaum von Belang, die CSU ist kleiner als je zuvor. Und vor allem: Das gesamte linke Lager ist so schwach wie seit zwanzig Jahren nicht mehr.“¹⁴⁰ Diese Randbedingungen sind günstig für den Verlauf der zweiten Kanzlerschaft Merkels. Allerdings, so unsere bisherigen Beobachtungen, kam es in der großen Koalition zu keinen substanziellen Herausforderungen an Merkels persönlichen Führungsanspruch. Bislang regierte sie im Schatten einer geliehenen Stärke, vermittelt über eine CDU, die lange von der Schwäche der SPD profitiert hat.¹⁴¹

Der institutionelle Kontext verändert sich in einer kleinen Koalition. Die eigene Partei und die Fraktion, die Ministerpräsidenten, die Medien und die Interessengruppen werden verstärkt als Mitregenten und Vetospieler Ansprü-

¹³⁴ Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer September II 2009, online: www.forschungsgruppe-wahlen.de/Umfragen_und_Publikationen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2009/September_II/ (3. 11. 2009).

¹³⁵ Merkels Macht ohne Ziel, in: FTD vom 29. 10. 2009.

¹³⁶ Stefan Braun, Marketing-Agentur Merkel, in: Süddeutsche Zeitung vom 26. 8. 2009.

¹³⁷ Vgl. Markus Klein, Die „Zauberformel“. Über das erfolgreiche Scheitern des Prognosemodells von Norpoth und Gschwend bei der Bundestagswahl 2005, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 46 (2005) 2, S. 263–287; Marcus Maurer/Carsten Reinemann, Medieninhalte. Eine Einführung, Wiesbaden 2006, S. 120 ff.

¹³⁸ Vgl. u. a. F. Brettschneider (Anm. 1), S. 65 und S. 176 ff.

¹³⁹ Oskar Niedermayer, Auf Merkel setzen reicht nicht, in: Die Zeit Online (22. 4. 2009), www.zeit.de/online/2009/17/interview-niedermayer (2. 11. 2009).

¹⁴⁰ Bernd Ulrich, Was sie wirklich vorhat, in: Die Zeit Online (16. 10. 2009), www.zeit.de/2009/43/Schwarze-Jahre (2. 11. 2009).

¹⁴¹ Vgl. Heribert Prantl, Gelb-Gelb-Schwarz, in: SZ Online vom 28. 9. 2009, www.sueddeutsche.de/politik/735/489125/text/ (2. 11. 2009).

che anmelden. Nicht zu vergessen ist das Ressortprinzip als eines der wirkungsmächtigsten Organisationsprinzipien für die Regierungsarbeit: Ressorts werden besonders in einer kleinen Koalition mit einem starken Partner zu alternativen Machtarenen. Das Ressortprinzip verdrängt weitgehend das Einflusspotenzial des Kanzlerprinzips. Des Weiteren wird die Dimension „Budget“ mit einem starken Finanzressort das Kanzlerprinzip ebenfalls einschränken.

Merkels Führungsanspruch in der Doppelrolle als Parteivorsitzende und Kanzlerin ist bisher kaum ernsthaft auf die Probe gestellt worden. Sie wurde bekanntlich Parteivorsitzende, ohne sich innerparteilich auf Verbündete stützen zu können. Eine starke Hausmacht in der Partei hat sie noch immer nicht. Die Hausmacht als entscheidende Bedingung für den parteipolitischen Führungsanspruch ist inzwischen gemildert worden und kann durch Nutzung anderer Machtressourcen ausgeglichen werden;⁴² bei Merkel waren es ihre Wahlerfolge, die Medien und ihre politischen und persönlichen Berater in Partei und Regierung. Beispielhaft ist ihre Personalentscheidung, CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla zum Kanzleramtsminister zu machen. Die Nutzung des Kanzleramtes wie des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, im Wahlkampf aus verfassungsrechtlichen Gründen ungenutzt, als Machtressource der Kanzlerin müssen für die politische Koordination der Regierungsarbeit neu justiert werden. Die Programmkomponente (*policy-seeking*) wird nach dem Machterhalt (*office-seeking*) eine größere Rolle in den Koalitionsparteien spielen als bisher.

Das gilt auch für die Außenpolitik, die im Wahlkampf kaum eine Rolle gespielt hat,⁴³ in der nun aber ein Weg jenseits der Repräsentationsmacht zu beschreiten ist.⁴⁴ Schwächen im Führungsanspruch in der Innenpolitik dürften fortan schwerer durch einen Bonus in der Gipfeldiplomatie kompensiert werden. Merkel hat es nicht vermocht, der neuen Regierung ihre Handschrift zu verleihen: „Sie

⁴² Vgl. Peter Lösche, „Politische Führung“ und Parteivorsitzende. Einige systematische Überlegungen, in: D. Forkmann/M. Schlieben (Anm. 1), S. 356.

⁴³ Vgl. Was uns die Welt schert, in: FTD vom 21. 9. 2009.

⁴⁴ Vgl. Stefan Kornelius, Deutschland von Außen, in: SZ Online (1. 10. 2009), www.sueddeutsche.de/politik/167/489553/text/ (3. 11. 2009).

hat diese Koalitionsverhandlungen nicht geführt, sondern laufen lassen. Es ist das zweite Mal, dass sie hier enttäuscht. Als sie die Koalition mit der SPD eingegangen ist, hat sie dieses Versäumnis damit erklärt und gerechtfertigt, dass sie es in der Großen Koalition mit einem beinahe gleich großen Partner zu tun hat.“⁴⁵ Die Tatsache, dass der Koalitionsvertrag in der Themengestaltung mehr Koalitionszwängen und nicht in genügendem Maße der Parteiprogrammatik folgte, könnte die Position der Kanzlerin schwächen.⁴⁶ Dabei sind die Erwartungen an die Politikgestaltung und den Reformwillen von „Merkel II“ groß. Der Kanzlerin wird nahegelegt, weniger bescheiden zu sein und mehr Mut in der politischen Führung zu zeigen. Sie sei nun frei „to push for change“,⁴⁷ denn sie wurde von den Wählern aus dem Käfig der großen Koalition befreit.⁴⁸

Es hat sich gezeigt, dass viele Führungsqualitäten, die in der Regierung von Bedeutung sind, beim Wahlkampf nicht zur Anwendung kommen. Insofern kann von „Divided Leadership“ gesprochen werden. Andererseits wurde deutlich, dass es gelingen kann, die persönlichen und politischen Führungsfähigkeiten als Kanzlerin gewinnbringend im Wahlkampf einzusetzen, wenn die Strategie passgenau ist. Auch in Deutschland ermöglicht das institutionelle Gefüge Experimente in politischer Führung.⁴⁹ Es spricht indes vieles für die Vermutung, dass das Experiment Merkel zu Ende geht und die politischen Führungsqualitäten der Kanzlerin Merkel erst jetzt ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben.

⁴⁵ Christoph Schwennicke, Merkels schwarz-gelber Start. Koalition ohne Geist, in: Spiegel Online (24. 10. 2009), www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,657153,00.html (3. 11. 2009).

⁴⁶ Vgl. Karl-Rudolf Korte, Konjunkturen des Machtwechsels in Deutschland: Regeln für das Ende der Regierungsmacht?, in: ZParl, 31 (2000) 4, S. 833–857.

⁴⁷ Merkel's moment, in: The Economist vom 1. 10. 2009.

⁴⁸ Vgl. Set Angela free, in: The Economist vom 17. 9. 2009.

⁴⁹ Vgl. Axel Murswieck, Presidential Leadership in Frankreich – Politische Führung unter Staatspräsident Sarkozy, in: Zeitschrift für Politikberatung, (2009) 2, S. 193–210.

Onlinewahlkampf 2009

Der Wahlkampf in Deutschland findet seit Jahren verstärkt im Internet statt. Parteien und Politiker¹ integrieren Online-

Hagen Albers

M. A., geb. 1982; Politikwissenschaftler; Mitarbeiter der Internetagentur Ressourcenmangel in den Bereichen Beratung und Management, Schlesische Straße 26/c4, 10997 Berlin. haalbers@uni-bremen.de

Maßnahmen in ihre Kampagnen. Sie nutzen verschiedene Kanäle und passen ihr Engagement bei der Wähleransprache über das Web dem anhaltenden technologischen Wandel an. Veränderungen des gesellschaftsübergreifenden Kommunikationsverhaltens spielen dabei ebenso eine Rolle wie neue Möglichkeiten der Sozialisierung über das Web. Auch im Superwahljahr 2009 wandten sich die Parteien den technischen Neuerungen zu und bezogen moderne Instrumente in ihre Wahlkampfaktivitäten ein.

Doch den Fortschritten ihrer Auftritte im Internet zum Trotz mussten sich die politischen Akteure seit Beginn des Jahres mangelnde Mobilisierungsfähigkeit der über das Internet erreichbaren Bürger vorwerfen lassen. Hauptursache für diese meist durch Journalisten geäußerte Kritik ist der Vergleich deutscher Wahlkämpfe mit dem Präsidentschaftswahlkampf von Barack Obama im Jahr 2008. Im längsten und teuersten Wahlkampf in der Geschichte der USA gelang es Obamas Wahlkampfteam, große Teile der Bürger zur Stimmabgabe für ihren Kandidaten zu mobilisieren.² Doch ein Vergleich zwischen deutschen und amerikanischen Wahlkämpfen ist nur ernst zu nehmen, wenn zugleich auf wichtige strukturelle Differenzen verwiesen wird. Unterschiedliche Medien-, Wahl- und Parteiensysteme müssen bei Gegenüberstellungen ebenso Berücksichtigung finden wie Abweichungen bei der politischen Spendenbereitschaft, Parteienfinanzierung und Internetnutzung.³ Darüber hinaus gelten in den USA andere Datenschutzgesetze, politische Rituale, Traditionen und Symbole.⁴

Der deutsche Onlinewahlkampf 2009 ist deshalb am ehesten bundesweiten Wahlkämpfen früherer Jahre gegenüberzustellen. Auffällig ist, dass sich politische Akteure einerseits den Umgang mit technischen Innovationen erst noch aneignen mussten. Soziale Netzwerke wie *Facebook* oder *StudiVZ*, aber auch Mikrobloggingdienste wie *Twitter* bildeten zu Beginn des Jahres eine Anzahl von Versuchsfeldern, die es zu erproben galt. Auch das Management parteieigener, stetig wachsender Unterstützernetzwerke musste erlernt werden. Andererseits setzten die meisten Parteien gewohnte Onlineangebote wie beispielsweise Newsletter, Spiele oder Downloadangebote seit Beginn der Wahlkampfplanungen Ende 2008 routiniert um. Gleich mehrere Parteien warben größere Spendensummen über das Internet ein. Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Linke und FDP waren erfolgreich mit Plakatspendenaktionen, bei denen die Bürger über das Internet Standorte von Wahlplakaten bestimmen konnten. Außerdem erhielten die meisten Parteienwebseiten ein zeitgemäßes Design und wurden via Suchmaschinenmarketing beworben. Das *Negative Campaigning*, das nicht für die eigenen Personen oder Konzepte wirbt, sondern stattdessen Unzulänglichkeiten und Schwächen anderer Parteien thematisiert und hervorhebt, wurde professionalisiert.

Unter anderem generierten die Wahlkampfzentralen exklusiv für das Netz aufwendig produzierte Videoclips, die den politischen Gegner angriffen. Internet-Videoportale wie *YouTube* waren wichtige Kampagneninstrumente, um Bewegtbildnachrichten, ungefiltert von anderen Medien, an die Bürger zu richten. Die direkte und interaktive Kommunikation zwischen Bürgern und Politikern wurde vereinfacht und fand umfassender statt als je zu-

¹ Nachstehend wird aus Gründen der Lesbarkeit auf die Verwendung von sprachlichen Bezeichnungen für beide Geschlechter verzichtet. Ausdrücklich gelten entsprechende Begriffe für beide Geschlechter.

² Vgl. Anna Engelke, Guckt euch diese Schlangen an, in: tagesschau.de vom 5. 11. 2008, www.tagesschau.de/ausland/uswahl450.html (5. 9. 2009).

³ Vgl. Eva Johanna Schweitzer, Professionalisierung im Online-Wahlkampf?, in: Christina Holtz-Bacha (Hrsg.), Die Massenmedien im Wahlkampf. Die Bundestagswahl 2005, Wiesbaden 2006, S. 183–212.

⁴ Vgl. Marco Althaus, Europas neuer Wahlkampfstil, in: ders./Vito Cecere (Hrsg.), *Kampagne! Bd. 2: Neue Strategien für Wahlkampf, PR und Lobbying*, Münster 2002, S. 14–49.

vor.⁵ Zusätzlich war der Onlinewahlkampf 2009 geprägt vom Phänomen der Piratenpartei und einer umfassenden netzpolitischen Debatte.

Webwahlkampf auf allen Kanälen

Von den politischen Akteuren wurde für alle sechs Landtagswahlen, die Europawahl und besonders eifrig für die Bundestagswahl im Netz geworben. Die ebenfalls 2009 stattfindenden Kommunalwahlen in acht Bundesländern spielten online allenfalls eine untergeordnete Rolle. Vorreiter im Internetwahlkampf war der Spitzenkandidat der SPD zur Landtagswahl in Hessen, Thorsten Schäfer-Gümbel. Er suchte den Kontakt zum Wähler über soziale Netzwerke und initiierte als Erster den Videodialog über *YouTube*. Nachdem er die erste Videobotschaft abrufbar gemacht hatte, erreichten ihn nach eigener Aussage mehr als 1000 Anfragen zu verschiedenen Themen.⁶ Auch wenn nicht jede Frage einzeln beantwortet werden konnte, stellte Schäfer-Gümbel Videostatements ins Netz, die verdeutlichten, dass die Anliegen der Adressaten erreicht hatten. Das Format: Schäfer-Gümbel vor einem Bücherregal, die Kameraführung: eine meist wackelige Handkamera und die Umsetzung: im Stile eines Amateurvideos ohne Schnitte, verhinderten es, dass der Eindruck entstand, einer inszenierten Politikeransprache ausgesetzt zu sein. Möglicherweise wurden die Beiträge bewusst so gestaltet, damit sie glaubwürdig und authentisch wirkten. „TSG“, wie der hessische Spitzenkandidat abgekürzt wurde, wagte mit diesem Videodialog den Einstieg zum direkten Kontakt zwischen Wählern und Politikern über Internet-Videoportale.

Noch vor der vorgezogenen Neuwahl in Hessen am 18. Januar 2009 begann der in Bundestagswahljahren obligatorische Relaunch der Parteienwebseiten. Als erste Partei präsentierte die SPD das neue Design ihres Portals. Ende Februar zog die CDU mit dem Relaunch ihrer Webseite nach, und auch die Grünen präsentierten zwei Monate

vor der Europawahl ihre neue Plattform. Recht spät stellte als letzte große Partei die FDP am 18. August 2009 ihr überarbeitetes Portal vor.

Auffällig war parteiübergreifend die Einbindung von Verweisen auf Soziale Netzwerke und den Mikrobloggingdienst *Twitter* an prominenter Stelle der Homepages. Grafiken und Links lenkten die Aufmerksamkeit der User auf Politiker- und Parteienprofile in *MeinVZ* und im *Facebook*. Alle Parteien unterhielten außerdem einen eigenen *YouTube-Channel*, auf dem recht hoch frequentiert neue Videos eingestellt wurden. Ausschließlich für das Netz produzierte Inhalte wurden über das sogenannte Web 2.0 verbreitet und vermarktet.

Eine herausragende Rolle im Onlinewahlkampf 2009 spielten Bewegtbilder. Dabei ging es zum einen darum, die Reichweite der viel besuchten Plattform *YouTube* zu nutzen. Zum anderen bot sich den Parteien die praktische Möglichkeit, ihre auf der Videoplattform hochgeladenen Stücke auf Webseiten und Blogs einzubinden und im Web über die Sozialen Netzwerke an eine breite Anhängerschaft und potentielle Multiplikatoren zu richten. Auch die Fernsehwerbespots der Parteien wurden auf diesem Weg in Umlauf gebracht und waren abrufbar. Insbesondere kleinere Parteien, die zusätzliche Sendezeiten auf Privatsendern mit ihrem Wahlkampfbudget nicht abdecken konnten, erreichten so ein zusätzliches Publikum. Wahlkämpfer in Agenturen und Parteien bemühten sich zudem, Formate mit Wiedererkennungswert zu kreieren. Die Bandbreite reichte von animierten Erklärvideos der SPD zum Mindestlohn und von den Grünen zum Konzept für eine Million neue Jobs über Videointerviews auf dem als Internetfernsehen bezeichneten *YouTube-Channel* CDU-TV bis hin zu politischer Laienschau spielerisch durch die FDP-Abgeordneten „Fricke & Solms“. Themenspezifische Videostatements durch Spitzenpolitiker der Linken sowie Mitschnitte hitziger Redebeiträge im Bundestag komplettierten eine insgesamt bunte Mischung diverser Bewegtbildangebote.

Doch muss festgestellt werden, dass nur wenige der teilweise aufwändig produzierten Inhalte in nennenswerter Zahl angeschaut wurden. Optimistisch geschätzt wurde jedes Video im Schnitt maximal 3000 Mal abgeru-

⁵ Vgl. Hagen Albers, *Wahlkämpfe im digitalen Zeitalter. Eine explorative Studie zum Wandel der Internetwahlkämpfe bei den Bundestagswahlen 2002, 2005 und 2008*, Stuttgart 2009.

⁶ Vgl. www.youtube.com/watch?v=ZBT6SlZr4wM&feature=related (23. 10. 2008).

fen. Einige Produktionen können jedoch als Erfolge verbucht werden: Hierzu gehört das Erklärvideo der SPD zum „Deutschlandplan“, eine Animation der Grünen beruhend auf „Szenen einer Ehe“ von Loriot, sowie der Kommentar von Arnold Schwarzenegger auf der CeBIT 2009 über die Kanzlerin auf CDU-TV und ein Spot der Jungen Liberalen mit dem Titel „Die reine Wahrheit“. Alle diese Videos erreichten bis zum Wahltermin mehr als 50 000 Nutzer. Vor diesem Hintergrund muss der Mehrwert vieler anderer, kaum beachteter Videobeiträge kritisch befragt werden.

Erwähnenswert unter den wenigen viralen, eigens für das Internet produzierten Videos, die vermutlich von Parteien verbreitet wurden, war nur ein einziges. Wären nicht juristische Probleme aufgrund des Urheberrechts aufgetreten, wäre das Video mit dem Titel „Hey, was geht ab?! Wir holen die Kanzlerschaft“ wohl ein echter Erfolg geworden. Grundlage bildete ein Hit des Berliner Party-Rap-Duos „Atzen Musik“ mit dem Titel „Das geht ab“. Nach nur sechs Tagen hatten mehr als 60 000 Personen den „Remix“ gesehen. Spekuliert wird, dass der Song aus der SPD-Wahlkampfzentrale im Willy-Brandt-Haus stammt, obwohl man sich dort von dem Clip distanzierte: Man finde ihn zwar sehr gelungen, habe aber nichts damit zu tun.¹⁷

Politiker und Parteien im „Social Web“

Erfolge der Parteien und Politiker in unterschiedlichen Sozialen Netzwerken und bei *Twitter* wurden überwiegend anhand aggregierter Unterstützerzahlen gemessen und bewertet. Zu Beginn der Wahlkampfplanungen konzentrierten sich die Parteien auf *Facebook* als zentrales Netzwerk, da hier die Sichtbarkeit von Kommunikationsinteraktionen am deutlichsten wird. Erst als bekannt wurde, dass auch in den VZ-Netzwerken die politische Wähleransprache ermöglicht und gefördert werden sollte, bezogen die Kampagnenplaner dortige Präsenzen in ihre Strategien ein. Ab dem 18. Mai 2009 waren den Nutzern Politikerprofile zugänglich, und das Netzwerk rüstete stetig nach. Der Einrichtung

¹⁷ Vgl. SPD-nahes YouTube-Video gibt Rätsel auf, in: *Netzzeitung* vom 4. 9. 2009, www.netzzeitung.de/politik/deutschland/1453359.html (14. 10. 2009).

einer über den Wahlkampf informierenden Wahlzentrale folgten Umfragen und eine Landkarte, auf der alle Direktkandidaten in ihren Wahlkreisen abgebildet wurden.¹⁸

Mehrere tausend Nutzer im *StudiVZ/MeinVZ* bekannten sich auf den Profilen der etablierten Parteien als deren Sympathisanten. Ab Juli war jedoch eine unbekannte Partei deutlich erfolgreicher im Netz: Der Piratenpartei Deutschland gelang ein Blitzstart mit Verspätung, als ihr Ende Juni auf drängende Nachfrage ein Parteienprofil im VZ eingeräumt wurde. In nur wenigen Tagen zog sie an allen Mitbewerbern vorbei. Bis zum Wahltag sympathisierten über 76 000 potentielle Wähler in beiden Netzwerken mit den Piraten. Ähnlich, jedoch mit geringeren Unterstützerzahlen, spiegelte sich diese Entwicklung auch bei *Facebook* wider. Hier richteten die Parteien ebenfalls unterschiedliche Profiseiten ein und kommunizierten mit den im Netzwerk vertretenen Wählern.

Über die Netzwerke kam es zu Momenten intensiver wechselseitiger Kommunikation zwischen Politikern und Wählern. Für das Kooperationsprojekt von ZDF, Zeit Online und *MeinVZ*, „Erst Fragen, dann wählen“, wurden Fragen der Netzwerkmitglieder gesammelt, um damit die Spitzenpolitiker aller Parteien zu konfrontieren. Die Stellungnahmen wurden moderiert und live über Internet und Fernsehen ausgestrahlt. Gleichzeitig konnten die Nutzer über die Glaubwürdigkeit der Politiker abstimmen. Auch die Videoplattform *MyVideo* hatte politisch hochkarätige Gäste geladen und ließ Besucher der Webseite via Chat partizipieren. Unter anderen beantworteten Guido Westerwelle, Jürgen Trittin und Frank-Walter Steinmeier die Fragen über einen Videostream – live und ausschließlich im Netz.

Ähnlich, wie sich im Wahlkampf 2005 diverse politische Akteure der Weblogs zur Kommunikation mit den Bürgern annahmen, nutzten 2009 stetig mehr Politiker den Microbloggingdienst *Twitter*. Maximal 140 Zeichen lange *Tweets* können mit internetfähigen Handys oder direkt über das Web an alle *Follower* (Beitragsabonnenten) gesendet werden.

¹⁸ Vgl. Dirk Hensen, Wem gebe ich meine Erststimme?, in: *Presseportal* vom 2. 9. 2009, www.presseportal.de/pm/62589/1468180/vz_netzwerke (14. 10. 2009).

Zur Dialogkommunikation bzw. zum Austausch von Standpunkten eignet sich *Twitter* jedoch kaum. Anstelle von Diskussionen dient dieses noch junge Netzwerk eher dazu, auf im Web abrufbare Inhalte aufmerksam zu machen oder über aktuelle Erlebnisse und Termine zu informieren. Ähnlich den Unterstützerzahlen im *Facebook* bewegten sich die *Follower*-Zahlen bei *Twitter* im Bereich mehrerer Tausend. Alle etablierten Parteien aggregierten *Follower*s, wurden in der Summe jedoch erneut von der Piratenpartei abgehängt.

Parallel wurde der Onlinewahlkampf von diversen Analysetools und Portalen begleitet, die ein Abbild politischer Aktivitäten im Netz einfingen. Plattformen wie „Wahl.de“, „Wahlradar“ oder der „Wahl im Web Monitor“ machten Informationen abrufbar, die verdeutlichten, welche politische Partei und welcher Politiker wo im Netz aktiv war. Auch die Vernetzung von Parteien mit Blogs oder anderen politischen Akteuren über direkte Verlinkungen ihrer Homepages wurden grafisch dargestellt. Bereitsteller der Informationen waren zumeist Werbeagenturen, die ihre Möglichkeiten im Bereich des Monitoring hervorhoben. Leider vermochte niemand die Qualität der Kommunikation über das Internet zu messen. Lediglich quantitative Veränderungen bei Unterstützerzahlen oder der Anzahl von gesendeten Nachrichten wurden abgebildet und dienten als Grundlage für die Analyse und Bewertung des Onlinewahlkampfes. Neue technische Errungenschaften wirken sich somit nicht nur auf die Wahlkampfführung selbst aus, sondern liefern auch Möglichkeiten zur Beobachtung und Prüfung neuer Kommunikationskanäle.

Piratenpartei entert das Netz

Die 2006 gegründete Piratenpartei Deutschland entwickelte sich im Laufe des Wahljahres zu einer echten Größe im Netz. Auch die Anzahl der Parteimitglieder stieg sprunghaft an: Innerhalb weniger Monate entschlossen sich mehrere Tausend Personen zum Parteibeitritt, sodass die Zahl auf über 10 000 kurz vor der Bundestagswahl anwuchs.

Zurückführen lässt sich diese Entwicklung vor allem auf das von der Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen (CDU) in Zusammenarbeit mit dem Bundeskriminalamt (BKA)

initiierte „Gesetz zur Erschwerung des Zugangs zu kinderpornographischen Inhalten in Kommunikationsnetzen“. Die Neuregelung sieht vor, dass Internetdienstleister entsprechend eines Sperrindex' des BKA den Zugang zu indizierten Webseiten verweigern, sofern diese nicht gelöscht werden können. Statt des Zugriffs soll die Weiterleitung auf ein vom BKA gestaltetes Stoppschild im Netz erfolgen. Bürgerrechtler und Datenschützer befürchten die Ausweitung des Verfahrens auf andere Inhalte im Web und sehen in der Verordnung letztlich einen Verstoß gegen Artikel 5 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Eine Zensur findet nicht statt.“ Darüber hinaus, so Kritiker, ließen sich die Sperren von erfahrenen Nutzern leicht umgehen, und anstatt kinderpornographische Inhalte zu löschen, schau man lediglich weg. Dennoch wurde mit den Stimmen der großen Koalition aus SPD und CDU der auch als „Zugangserschwerungsgesetz“ bezeichnete Erlass verabschiedet.

Die etablierten Parteien versäumten es, die notwendige Debatte über die Wirksamkeit des Gesetzes zu führen, und ignorierten den sich formierenden Widerstand in der Bevölkerung. Bereits kurz nachdem am 17. April 2009 die Bundesregierung und fünf große Internetprovider die Verträge zur „Erschwerung des Zugangs zu kinderpornografischen Inhalten im Internet“ unterzeichnet hatten, wurde beim Bundestag eine Onlinepetition gegen Netzsperrungen eingereicht. Ab dem 4. Mai war die Mitzeichnung möglich, und in nur vier Tagen unterzeichneten mehr als 50 000 Unterstützer den Antrag online. Die für eine Anhörung erforderliche Unterzeichnerzahl war erreicht; letztlich stützten insgesamt 130 000 Personen die Petition.¹⁹

Zusätzliche Aufmerksamkeit für die Piratenpartei generierte der langjährige SPD-Bundestagsabgeordnete Jörg Tauss. Kurz nach der Bundestagsentscheidung über das Zugangserschwerungsgesetz begründete er seinen Parteaustritt mit dem Abstimmungsverhalten der SPD. Zugleich gab er seinen Beitritt zur Piratenpartei bekannt. Bereits im März 2009 hatte Tauss Aufmerksamkeit erregt, da seine politische Immunität aufgrund des Verdachts

¹⁹ Vgl. Kai Biermann, Kritiker der Netzsperrung wenden sich von Politik ab, in: *Zeit Online* vom 18. 6. 2009, www.zeit.de/online/2009/25/netzsperrungen-gegner-verdrossenheit (20. 7. 2009).

des Besitzes von kinderpornographischem Material aufgehoben wurde. Gegenwärtig muss sich der ehemalige SPD-Politiker gegen den Vorwurf vor dem Landgericht Karlsruhe verantworten. Der stellvertretende Vorsitzende der Piratenpartei, Jens Seipenbusch, stellte klar, dass auch im Fall Tauss die Unschuldsvermutung gelte, kündigte aber im Falle einer Verurteilung den Parteiausschluss an.

Die Abstimmung über das Gesetz schadete Sozial- und Christdemokraten. Aufgrund der Missachtung seiner Empfehlung ließ der SPD-Onlinebeirat seit dem Beschluss bis auf Weiteres die Arbeit ruhen. Weder SPD noch CDU erhielten von der Netzgemeinde im weiteren Verlauf des Wahlkampfes Zuspruch. Im Gegenteil: Die Entscheidung zur Schaffung von Netzsperrern sorgte für das weitere Erstarken der Piratenpartei, die ab Juli 2009 die Onlineplattformen und Mikrobloggingdienste dominierte. Die Webcommunity betitelte von der Leyen schließlich als „Zensursula“. Letztlich ist die Piratenpartei und ihre Entstehung ein Netzphänomen ohne gleichen. Auf Akteurs- wie auf der Mobilisierungsebene ist sie die große Ausnahmeerscheinung im Onlinewahlkampf 2009.

Überparteiliche Wählermobilisierung

Diverse Wählermobilisierungskampagnen wurden nicht nur offline, sondern auch über das Internet lanciert. Die Politplattform „politik-digital“ initiierte nach amerikanischem Vorbild und unter dem Titel: „Geh nicht hin“ ein Webvideo, bestehend aus Testimonials von Prominenten aus Funk und Fernsehen. Während die Stars im ersten Film konstatieren, nicht an der Wahl teilnehmen zu wollen, bekennen sie sich im wenige Tage später veröffentlichtem Clip als Wähler. Abgeschaut hatten das die Verantwortlichen von einer Mobilisierungsinitiative zum amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 2008, in dem zahlreiche Berühmtheiten aus Hollywood die Bedeutung der Teilnahme am Urnengang verdeutlichen.

Auch die Bundeszentrale für politische Bildung setzte auf ihrer Webseite auf Prominenz. „Promilockrufe“ und Videobotschaften forderten zur Stimmabgabe auf. Große Resonanz bekam wie bei vergangenen Bundestags-, Landtags- und Europawahlen erneut der

Wahl-O-Mat. Hier konnten die Besucher der Seite ihre Ansichten anhand von 38 Thesen mit den Standpunkten von 24 zur Wahl zugelassenen Parteien vergleichen. Insgesamt wurde der Wahl-O-Mat mehr als 6,7 Millionen Mal gespielt. Das waren rund 1,5 Millionen Nutzungen mehr als noch zur Bundestagswahl 2005.¹⁰ Insbesondere Jung- und Erstwählern wurde auf diesem Wege Politik näher gebracht.

Die vom Verein „Netzdemokraten e.V.“ lange im Vorfeld des Wahltermins eingerichtete „Wechselwähler WG“ hatte ebenfalls zum Ziel, Politik vor allem für junge Menschen erfahrbar zu machen. Mit Unterstützung durch Medienpartner wurden sechs wahlwillige, jedoch noch unentschlossene Kandidaten ausgewählt, die in einer virtuellen WG bis zum Wahltermin ihre Gedanken und Ansichten diskutierten. Beobachter der Berichte und der videodokumentarisch dargestellten Beiträge konnten die Anregungen nutzen, sich über die eigene Wahlentscheidung klar zu werden. Die WG-Bewohner trafen sich mit Politikern aller großen Parteien zu Diskussionen im studentischen Ambiente. Als zentrales Portal informierte „wechsel-waehler.de“ über die Entscheidungsfindung.

Nicht nur Organisationen und Vereine initiierten Mobilisierungskampagnen. In seltenen Fällen fanden auch parteilose Aktivisten über das Internet zueinander und trafen sich zu politisch motivierten Handlungen außerhalb des Webs. Beispielhaft hierfür ist die Versammlung zu einem Flashmob – einer scheinbar spontanen Versammlung auf einem öffentlichen Platz – bei Angela Merkels Besuch auf dem Hamburger Gänsemarkt. Als eine größere Gruppe plötzlich begann, die Rede der Bundeskanzlerin im Minutentakt lauthals mit den Rufen „Und alle so: Yeaaah!“ zu kommentieren, stifteten sie bei anderen Zuhörern zunächst Verwirrung. Während einige Teilnehmer ihre Stimme gegen den vermeintlich inhaltsleeren Wahlkampf der CDU erhoben, machten sich andere lediglich einen Spaß daraus, Aufmerksamkeit zu erregen.¹¹

¹⁰ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Interaktives Wahltool Wahl-O-Mat, www.bpb.de/methodik/XQJYR3,0 (10. 10. 2009).

¹¹ Vgl. Ole Reißmann, Flashmob trifft Kanzlerin, in: Spiegel-Online vom 18. 9. 2009, www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,650004,00.html (26. 9. 2009).

Anstoß der Aktion war die Verhöhnung eines Wahlplakats der Kanzlerin in Hamburg. Der Claim des CDU-Plakats lautete: „Die Kanzlerin kommt“; er wurde in schwarzen Lettern von einem Unbekannten ironisch mit den Worten „Und alle so: Yeaahh“ kommentiert. Ein Foto dieses Plakats fand wenig später in Weblogs und Sozialen Netzwerken Gefallen bei den Nutzern und wurde über das Internet verbreitet. Auf dem Blog „Spreeblick.com“ wurde schließlich der Flashmob in Hamburg angeregt, und auf dem Gänsemarkt fanden sich am Abend des Auftritts mehrere Aktivisten zusammen. Andere jeweils vor Ort zusammengerufene Flashmobs begleiteten Veranstaltungen der Kanzlerin in Wuppertal und Mainz sowie die Abschlusskundgebung in Berlin. Der Protest, der sich ursprünglich im Netz gebildet hatte, wurde somit „offline“ hinausgetragen auf die Straße.

Direkte Kommunikation und Bürgerpartizipation

Erwartungen an eine Professionalisierung der Internetauftritte der Parteien wurden im Wahljahr 2009 weitestgehend erfüllt. Gewohnte Wahlkampfinstrumente wurden standardmäßig eingesetzt. Neu waren die Mobilisierungskampagnen über die Instrumente des Web 2.0. Es gelang den Parteien, über interne und externe Netzwerke mit vielen Unterstützern zu kommunizieren und stetig mehr Sympathisanten für sich zu gewinnen. Letztlich muss jedoch konstatiert werden, dass das Potential nicht ausgeschöpft wurde. In diesem Zusammenhang spielt sicher eine Rolle, dass die CDU unter Merkel einen polarisierenden Wahlkampf weitestgehend vermied.

Technologische Innovationen stellten die große Herausforderung für die Parteien im Wahljahr dar. Denn der Einstieg in die Online-netzwerke bedeutete zugleich, die dortigen Kommunikationsmechanismen zu adaptieren. Alle großen Parteien mussten auf private Nachrichten durch die User im *Facebook* und *MeinVZ* reagieren. Letztlich öffneten sie sich über die neuen Kanäle der wechselseitigen und direkten Kommunikation. Aufforderungen zum Mitmachen bei parteieigenen Unterstützeraktionen verliefen hingegen ausschließlich in Form der *top-down*-Kommunikation. Auch *Twitter* blieb in den meisten Fällen ein Instrument der *top-down*- und *one-to-many*-Kom-

munikation. Politiker aus allen Parteien twitterten, sammelten *Followers* und sendeten Nachrichten an ihre persönlichen Netzwerke. Bei der Dialogkommunikation setzen vor allem die Grünen neue Maßstäbe mit einer Aktion namens „3-Tage-wach“. Die am Donnerstag vor den Europawahlen gestartete Aktion erlaubte es den Besuchern von „gruene.de“, Fragen zu grüner Politik zu stellen.¹² Rund um die Uhr waren über einen Livestream Freiwillige vor Rechnern zu beobachten, die fleißig die Fragen der interessierten Nutzer beantworteten. Auch 72 Stunden vor dem Schließen der Wahllokale bei der Bundestagswahl waren die Grünen noch für Anfragen verfügbar und beantworteten auf diesem Weg nach eigenen Angaben rund 12 000 Fragen.¹³

Bewertung

Im Vergleich zu vorherigen Wahlkämpfen hat sich der deutsche Onlinewahlkampf im Wahljahr 2009 modernisiert und professionalisiert. Teilerfolge im Umgang mit in- und externen Netzwerken, mit *Twitter* und den Videoportalen unterstreichen dies. Zwar war das Internet nicht wahlentscheidend, jedoch spielt es zu Informations-, Interaktions- und Mobilisierungszwecken auch für deutsche politische Akteure eine immer bedeutendere Rolle. Tendenzen des Medienverhaltens in und außerhalb Deutschlands lassen darauf schließen, dass das Web eines Tages den traditionellen Medien den Rang ablaufen wird.

Spannend ist die Frage, wie die Parteien nun mit den neuen Instrumenten umgehen. Sollten Präsenzen in Sozialen Netzwerken nicht weiter gepflegt werden, Twitterkanäle brach liegen und Videokanäle nicht mit neuem Bildmaterial gefüttert werden, wird es bei kommenden Wahlen schwieriger, mit den Bürgern glaubhaft über das Internet zu kommunizieren. Schon die kommenden Monate können entscheidend dafür sein, welchem Akteur es bei der nächsten Wahl am ehesten gelingen wird, Multiplikatoren und Unterstützer zu gewinnen.

¹² Vgl. Lorina Buhr, Drei Tage wach für Unentschlossene, in: Politik-Digital vom 24. 9. 2009, <http://politik-digital.de/drei-tage-wach-fuer-unentschlossene-waehler> (3. 10. 2009)

¹³ Angaben der Bundesgeschäftsführerin von Bündnis 90/Die Grünen, Steffi Lemke über den Mikrobloggingdienst Twitter am 27. 9. 2009 um 16:54 Uhr, <http://twitter.com/Steffilemke> (15. 10. 2009).

APuZ

Nächste Ausgabe 52/2009 · 21. Dezember 2009

Krisenjahr 2009

Klaus F. Zimmermann

Wirtschaftswunderjahr 2009

Max Otte

Die Finanzkrise und das Versagen der modernen Ökonomie

Stephan Lessenich

Krise des Sozialen?

Heike Walk

Krise der Demokratie und die Rolle der Politikwissenschaft

Margit Bussmann

Globalisierungskrise:
Geburt einer neuen Weltwirtschaftsordnung?

Friederike E. L. Otto

Auf dem Weg in die Klimakatastrophe?

Alexander Kekulé

Seuchen und Gesellschaft

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn.



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
Manuel Halbauer (Volontär)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0

Internet

www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Druck

Frankfurter Societäts-
Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.

Vertrieb und Leserservice

- Nachbestellungen der Zeitschrift
Aus Politik und Zeitgeschichte
- Abonnementsbestellungen der
Wochenzeitung einschließlich
APuZ zum Preis von Euro 19,15
halbjährlich, Jahresvorzugspreis
Euro 34,90 einschließlich
Mehrwertsteuer; Kündigung
drei Wochen vor Ablauf
des Berechnungszeitraumes

Vertriebsabteilung der
Wochenzeitung **Das Parlament**
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main.
Telefon (0 69) 75 01-42 53
Telefax (0 69) 75 01-45 02
parlament@fsd.de

Die Veröffentlichungen
in *Aus Politik und Zeitgeschichte*
stellen keine Meinungsäußerung
der Herausgeberin dar; sie dienen
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Für Unterrichtszwecke dürfen
Kopien in Klassensatzstärke herge-
stellt werden.

ISSN 0479-611 X

Bundestagswahl 2009

APuZ 51/2009

Tissy Bruns

3-5 Mehr Optionen, gesunkene Erwartungen

Die Bundestagswahl 2009 zeigt eine allgemeine Entkoppelung der politischen Sphäre von der Gesellschaft an. Fünf Parteien, mehr Optionen – aber gesunkene Erwartungen und schwindende Partizipation, das ist der gemeinsame Nenner.

Peter Lösche

6-12 Ende der Volksparteien

Gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische, also strukturelle Gründe haben zum Ende der Volksparteien geführt. Die sozialmoralischen Milieus, auf denen sie einst basierten, erodieren. Ein ganz neuer Parteitypus ist dabei, sich zu entfalten.

Matthias Jung · Yvonne Schroth · Andrea Wolf

12-19 Regierungswechsel ohne Wechselstimmung

Für viele unerwartet haben es Union und FDP auch im Fünfparteiensystem geschafft, eine Mehrheit für eine Zweierkoalition zu erreichen. Anders als 2005 gelang es der Union, sich stärker in der politischen Mitte zu positionieren.

Frank Decker

20-26 Koalitionsaussagen und Koalitionsbildung

Der klare Sieg der Wunschkoalition von Union und FDP kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Regieren künftig schwieriger wird. Verlauf und Ergebnis der Koalitionsverhandlungen haben einen Vorgeschmack darauf gegeben.

Axel Murswieck

26-32 Angela Merkel als Regierungschefin und als Kanzlerkandidatin

Das institutionelle Gefüge ermöglicht Experimente in politischer Führung. Wahrscheinlich ist, dass das Experiment Merkel zu Ende geht und die politischen Führungsqualitäten der Kanzlerin jetzt ihre Bewährungsprobe zu bestehen haben.

Hagen Albers

33-38 Onlinewahlkampf 2009

Technologische Entwicklungen haben Auswirkungen auf die Wähleransprache und stellen Parteien vor neue Herausforderungen. Der Onlinewahlkampf 2009 war die erste Bestandsaufnahme deutscher Politiker im „Social Web“.